Ordentlicher Unterbezirksparteitag

KölnSPD

25. Juni 2022

Gürzenich zu Köln

Ergänzungen zum bestehenden Antragsspiegel

Ergänzungen zur bestehenden Antragsübersicht
UB-Parteitag am 25. Juni 2022

Nr.	Gliederung / Bereich		Schlagwort / Thema	Antragsteller	Adressat
32	**3 Stadt/Stadtentwicklung/ Stadtverwaltung**	3.6	Videoüberwachung	Jusos	Ratsfraktion
33		3.7	Aufklärungskampagne Müll	Jusos	Ratsfraktion
34		3.8	Defensive Architektur	Jusos	Ratsfraktion
35	**5 Wohnen**	5.4	Junges Wohnen	Jusos	Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion
36		5.5	Bezahlbares Wohnen	Jusos	Ratsfraktion
37		5.6	Umwandlung Wohnraum	Jusos	Ratsfraktion
38		5.7	Umbau Justizzentrum	Jusos	Ratsfraktion
39	**7 Gesundheit**	7.4	Hausärztliche Versorgung	Jusos	Bundestagsfraktion , Landtagsfraktion, Ratsfraktion
40	**8 Nachhaltigkeit**	8.2	Verpackungsinformationen zu tierischen Inhalten	Jusos	Parteivorstand, NRWSPD
41	**10 Innen / Recht**	10.6	Reform Integrationsrecht	OV Poll, Ensen, Westhoven	Bundestagsfraktion
42		10.7	Sorgerecht, Unterhalt bei nichtehelichen Elternpaaren	OV Niehl	Parteivorstand, Bundestagsfraktion
43	**11 Außen-/ Sicherheitspolitik Europa / Frieden**	11.2	Europäische Friedenspolitk	Europaforum	Parteivorstand
44		11.3	Sozialdemokratische Friedenspolitik	AG 60plus	Parteivorstand
45		11.4	Sozialdemokratische Friedenspolitik	OV Lindenthal	Parteivorstand
46		11.5	WM in Katar boykottieren	Jusos	Bundesregierung, DFB
47	**13 Wissenschaft**	13.1	Gegen die Neoliberalisierung der Hochschulen	Jusos	Landtagsfraktion NRWSPD
48	**14 Arbeit**	14.1	Kommunale Jobgarantie	Jusos	Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion
49		14.2	Kommunale Ausbildung	Jusos	NRWSPD, Lantagsfraktion, Ratsfraktion
50	**15 Organisationspolitik / Partei**	15.1	Parteispenden	Jusos	UB-Vorstand
51		15.2	Mandatsträgerabgaben	AG 60plus	UB-Vorstand

3 Stadt / Stadtentwicklung / Stadtverwaltung

3.6

Antragsstelle: **Jusos**

Thema: **NIEMAND HAT DIE ABSICHT VIDEOÜBERWACHUNG EINZURICHTEN!**

Die Jusos sind grundsätzlich gegen Videoüberwachung. Sollte eine Videoüberwachung jedoch dennoch eingerichtet werden, so fordern wir, dass in Bezug auf neu einzurichtende Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Bereichen in Kommunen

- im Vorfeld die kommunalen Vertreter*innen entsprechend der jeweiligen kommunalen Zuständigkeitsordnung in einer Beschlussvorlage darüber informiert werden müssen,
- eine Zustimmung oder Stellungnahme entsprechender Vertreter*innen zur Beschlussvorlage nach der jeweiligen Zuständigkeitsordnung erfolgen muss,
- im Vorfeld eine Information an die im unmittelbaren Umfeld befindlichen Anwohner*innen mit einer Möglichkeit zur Stellungnahme stattfinden muss.

3.7

Antragsstelle: **Jusos**

Thema: **Aufklärungskampagne Müll -**

MÜLL, VERSCHWINDE AUS UNSEREM VEEDEL!

Aufgrund der zunehmenden Verschmutzung der Wohnräume und öffentlichen Plätze innerhalb verschiedener Veedel, zum Beispiel im Stadtbezirk Kalk, fordern wir eine Aufklärungskampagne zum Thema Abfall- und Müllentsorgung von der Stadt Köln. Die Aufklärungskampagne soll in Kooperation mit der AWB durchgeführt werden. Zielgruppe soll die ansässige Bevölkerung sein. Hierzu sollen Veranstaltungen zum Beispiel an örtlichen Schulen, Kindertagesstätten, Jugendzentren und anderen Orten des öffentlichen Lebens stattfinden. Ziel dieser Kampagne soll eine umfassende Aufklärung zum Thema Abfall- und Müllentsorgung sein. Sie soll die Notwendigkeit von Mülltrennung und regelgerechter Abfallentsorgung sowie die Vorteile eines sauberen Veedels kommunizieren.

3.8

Antragsstelle: Jusos

Thema: DIE STADT GEHÖRT UNS ALLEN – GEGEN DEFENSIVE ARCHITEKTUR UND FÜR EIN DIVERSES STADTBILD

Jede*r kennt sie – unterteilte Bänke oder Bänke mit Löchern, Metallstifte unter Brücken, elektronische Überwachungstechniken oder auch „Skaterschutz" aus Metall oder Hartgummi. Doch wozu dienen diese Maßnahmen?

Als Teil der so genannten defensiven Architektur zielen sie darauf ab, bestimmte Personengruppen von öffentlichen Räumen fernzuhalten und aus diesen auszugrenzen.

Auch in Köln sind viele dieser Maßnahmen aufzufinden. Seien es die extra schmalen Bänke an der Severinstraße, die Scheinwerfer am Aachener Weiher oder auch die vor ein paar Monaten angebrachte Eisenstange auf dem Mäuerchen (Universität zu Köln). Gefordert werden sie unter anderem von aufgebrachten Haus- und Grundbesitzer*innen und Geschäftsleuten in Bürgerinitiativen zum Schutz der Kölner Innenstadt mit Unterstützung von Bundestags-kandidat*innen von den Freien Wählern im September vergangenen Jahres.

Die Idee, die dahintersteckt? Durch eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik werden öffentliche Räume ausgehend von den Interessen gewinnorientierter Unternehmen und sozioökonomisch privilegierter Bewohner*innen kommerzialisiert und kommodifiziert. Das Motiv hinter dieser auf öffentliche Ordnung und Sicherheit ausgerichteten Stadt- und Raumplanung ist ein von der privilegierten "Mehrheitsgesellschaft" wahrgenommener Zuwachs an Kriminalität in Städten, welcher ihrem Empfinden nach von den Marginalisierten und insbesondere Obdachlosen ausgeht. Demzufolge müsse die Präsenz der Randgruppen mit vermeintlich kriminellem Verhalten zum Schutze der "Mehrheitsgesellschaft" verringert werden.

Doch dieser empfundene Zuwachs an Kriminalität in öffentlichen Räumen kann durch polizeiliche Statistiken nicht belegt werden, ganz im Gegenteil ist die Gesamtzahl an Straftaten in Deutschland seit Jahren rückläufig und wenn jemand von Gewalt betroffen ist, sind das in vielen Fällen Obdachlose und ausgegrenzte Menschen selbst. Sieht man sich jedoch genauer an, wen die Auswirkungen defensiver Architektur am stärksten betreffen - nämlich alle vulnerablen Gruppen, also z.B. auch ältere und behinderte Menschen, die genauso auf Plätze zum Ausruhen und Verweilen im öffentlichen Raum angewiesen sind - wird deutlich, dass hier vielmehr die Gesamtgesellschaft unter den Interessen Einzelner leidet.

Gerade auf Obdachlose haben diese Maßnahmen einen großen psychologischen und physischen Effekt. Sie erschweren die ohnehin schwierigen Lebensumstände von Obdachlosen Personen durch zusätzliche Stigmatisierung sowie Gefühle wie Scham und Ausgegrenzt-Sein, aber sorgen auch dafür, dass diese in immer schwieriger bewohnbare, unkomfortable Ecken der Stadt ziehen müssen, die ihren Zugang zu Hygiene, Privatsphäre und einem Schlafplatz immer weiter erschweren. Unser Ziel sollte es sein, die Obdachlosigkeit zu bekämpfen und nicht die Obdachlosen.

Auch für Jugendliche sind die öffentlichen Räume oftmals erster Anlaufpunkt zum Verweilen. Gerade sozioökonomisch benachteiligte Jugendliche sind die, die am meisten auf freien und zugänglichen öffentlichen Raum angewiesen sind. In Zeiten der Corona-Pandemie wird dieses Bedürfnis zusätzlich verstärkt. Es müssen daher eher mehr Räume für Jugendliche geschaffen und nicht Räume zerstört werden! Indem man unerwünschte Bürger*innen von den öffentlichen Räumen fernhält, unterstützt man lediglich die städtische Segregation, verschiebt die Problematik und sorgt für eine oberflächliche Homogenisierung des Stadtbildes durch die Verdrängung von Armut, sozialem Verfall und öffentlicher Unordnung.

Dies gefährdet jedoch das Wesen der Vielfalt im städtischen Umfeld und stellt in Frage, ob der öffentliche Raum wirklich frei und demokratisch ist. Gerade die Bedürfnisse der an den Rand gedrängten Menschen in unserer Gesellschaft müssen bei der Stadtplanung eingehend berücksichtigt werden. Der öffentliche Raum wird entsprechend einer imaginierten, idealisierten "Öffentlichkeit" gestaltet, die Angst vor Kriminalität hat, Obdachlosigkeit als unangenehm empfindet, sich durch Betteln bedroht fühlt usw.

Es müssen nachhaltige Lösungen für zugrundeliegende soziale Probleme gefunden werden, die nicht nur Symptome bekämpfen. Diese müssen im Sinne der Stadtgemeinschaft konstruktiv gelöst werden, z. B. durch bessere Unterbringungs- und Hygienemöglichkeiten sowie ein Minimum an niedrigschwelliger und leicht zugänglicher gesundheitlicher Versorgung für Obdachlose. Positive Entwicklungen im Raum Köln sind beispielsweise die mobilen Tiny Houses von "Little Home e.V." und die Wohnungslosenhilfe "Housing First", die seit 2020 acht Menschen in ein festes Mietverhältnis gebracht hat.

Das subjektive Gefühl von Unsicherheit und Unbehagen darf also auf keinen Fall der geltende Maßstab für politisches Handeln sein, sondern das für alle Menschen geltende Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit sowie das Recht aller Menschen auf die Nutzung öffentlicher Räume. Außerdem müssen wir uns als sozialistische Gemeinschaft jeglichen Entwicklungen der neoliberalen Stadt- und Raumplanung entgegenstellen, die die Vorstellungen einzelner Privilegierter von einem vermeintlich entkriminalisierten und ansprechenden Stadtbild über die Menschenwürde marginalisierter Gruppen stellt.

Die Stadt gehört uns allen - es darf nicht zu einer "klassenbasierten Raumordnung" im öffentlichen Raum kommen und daher fordern wir:

- Das Verbot des Einsatzes von defensiver Architektur und ihren Maßnahmen durch die Stadt Köln, städtische Unternehmen sowie im öffentlichen Raum, sofern dieser im städtischen Eigentum ist,
- die Positionierung des Rats gegen den Einsatz defensiver Architektur und ihren Maßnahmen durch Private,
- bei neuen Bauprojekten dürfen keine abgeschotteten Viertel entstehen und es muss allen Menschen der Aufenthalt erlaubt sein.

5 Wohnen

5.4

Antragsstelle: **Jusos**

Thema: **Junges Wohnen –**

MARMOR, STEIN UND EISEN BRICHT, ABER UNSERE MIETE NICHT. FÜR MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM FÜR JUNGE

Die Jusos Köln fordern, dass mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende und Azubis geschaffen wird. In Köln, in NRW und überall in Deutschland.

Junge Menschen in Ausbildung sind in erheblichem Maße von fehlendem Wohnraum, steigenden Mietpreisen und Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt betroffen. Die Situation ist in einigen Städten inzwischen so verheerend, dass sich Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen gegen ein Studium oder eine Ausbildung in ihrer Wunschstadt entscheiden. Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen nötig.

Wir fordern, dass die Kommunen und Städte in NRW das Heft des Handelns übernehmen und die Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende nicht den freien Marktkräften überlassen. Trotz des eklatanten Flächenmangels, besonders in den Großstädten, müssen die Städte aktiv werden und Vorkaufsrechte nutzen. Wenn nötig, sind Enteignungen zu prüfen. Wohnheime müssen im universitären Umfeld oder für Azubis in direkter Nähe zu Ausbildungs- und Arbeitsstätten entstehen.

Besonders die Universitätsstädte in NRW sollten sich klar gegen Service-Living-Apartments positionieren. Diese radikalen Auswüchse des Marktes, die nur noch von jungen Menschen mit hohem Einkommen oder aus reichem Elternhaus bezahlbar sind, treiben Gentrifizierungsprozesse voran und ermöglichen uni- und ausbildungsnahes Wohnen nur noch für die Elite.

Die Kommunen und Städte in NRW sollen Anlaufstellen für Beratung zum Thema Wohnen für Studierende und Azubis schaffen, um unabhängig über verschiedene Wohnangebote und Förderungsmöglichkeiten zu beraten. Dabei sind auch Angebote nach § 13. Abs. 3 SGB VIII, besser bekannt als Jugendwohnen, zu bedenken. Diese werden vom Staat gefördert, sind aber zeitgleich vielen jungen Menschen kein Begriff. Ein Marketing für diese Angebote kann junge Menschen motivieren für ihre Wunschausbildung an einen neuen Ort zu ziehen und somit freie Lehrstellen zu besetzen.

Auch junge Menschen in schulischer Berufsausbildung haben ein Recht darauf, ihren Wohnort selbst zu bestimmen. Aktuell entfällt bei einer solchen Ausbildung der Anspruch, sobald sich eine entsprechende Schule in zumutbarer Umgebung des Elternhauses befindet. Um bei bereits volljährigen Menschen nicht weniger freie Entscheidungen als Studierenden oder betrieblichen Auszubildenden zu gewähren, soll BAFöG unabhängig vom Elternhaus gewährt werden.

Deswegen fordern wir:

- Vorkaufsrechte zum Bau von Wohnheimen nutzen
- mehr Marketing für Wohnheime

- Beratungsstelle für studentisches & Azubi-Wohnen
- BAFöG für junge Erwachsene muss unabhängig vom Wohnort der Eltern sein

5.5

Antragsstelle: Jusos

Thema: BEZAHLBARES WOHNEN - IN DER INNENSTADT UND IN DEN AUSSENBEZIRKEN

Bauarbeiter*innen, können wir das schaffen? Jo, wir schaffen das!

Bauen, bauen, bauen lautet die viel geforderte Formel für mehr Wohnungsangebot und gegen steigende Mieten. Hört sich schön an, bringt aber nichts, wenn Neubau bedeutet, dass das nächste Luxusquartier entsteht, in das sich die Reichen und Geföhnten der Gesellschaft zurückziehen können. Wohnraum in den Städten fehlt vor allem für einkommensschwache Kölner*innen, darunter besonders auch junge Menschen wie Schüler*innen, Studierende oder Auszubildende.

Rund jede*r Zweite in unserer Stadt hat Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber noch nicht einmal 7 Prozent unserer Wohnungen sind Sozialwohnungen, d.h. öffentlich gefördert und dadurch besonders günstig. Und es werden jedes Jahr weniger, da mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen als neue geförderte Wohnungen gebaut werden. Die soziale Frage spitzt sich zu.

Deshalb fordern wir, dass beim Neubau in Köln besonderer Wert auf die Schaffung öffentlich geförderter Wohnungen gelegt wird. Bei der gravierend sinkenden Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland reichen 30% Sozialwohnungen bei Neubauprojekten nicht aus. Deshalb fordern wir mindestens 50% Sozialwohnungsquote für jedes Neubauprojekt. Egal ob in Mülheim, Porz oder Rodenkirchen. Kölner*innen benötigen gebaute Realität, damit sie dort einziehen, wohnen und leben können.

Wir fordern, dass folgende Maßnahmen zur Steigerung des sozialen Wohnungsbaus ergriffen werden:

- Ausbau des kooperativen Baulandmodells auf 50% geförderte Wohnungen
- Beschleunigung von Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren
- Stärkung der Wohnungsbauleitstelle
- Anwendung von Baugeboten für mindergenutzte Flächen
- Gründung und finanzielle Ausstattung einer zweiten Wohnungsbaugesellschaft neben GAG und modernestadt

Wem gehört die Stadt? Köln-Kalk-Verbot für Immobilienhaie!

Selbst den größten Fans des Neoliberalismus (außer den Julis) dürfte inzwischen klar sein, dass das Konzept des steuernden Marktes im Immobiliensektor gescheitert ist. Der massenhafte Verkauf kommunaler Wohnungen hat zur aktuell prekären Situation in den Städten geführt: Steigende Mieten, Gentrifizierung und Verdrängung und eine Stadt für Gutverdienende. Deshalb muss nicht nur die Sozialwohnungsquote steigen, sondern auch die Besitzverhältnisse im Gesamten müssen hinterfragt werden. Sind Bindungsfristen für sozialen Wohnraum noch zeitgemäß? Ist der Staat nicht sogar verpflichtet, aufgrund der aktuellen Wohnungskrise in den Markt einzugreifen und, wenn nötig, zu vergesellschaften?

Wir fordern, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Klares Bekenntnis zur Stadt für Alle
- Prüfung der Abschaffung von Bindungsfristen im sozialen Wohnungsbau
- Stadt Köln muss ihren Beschluss endlich umsetzen & darf städtische Flächen nur noch per Erbpacht vergeben und nicht mehr verkaufen!
- Stadt Köln muss konsequent ihre Vorkaufsrechte nutzen und Grundstücke an GAG oder gemeinnützige weiterverpachten, z.B. Genossenschaften
- Nach Berliner Vorbild soll die Stadt Köln ihr Vorkaufsrecht auch für Immobilien nutzen, denen der Verkauf an große, profitorientierte Immobilienkonzerne droht.
- Zur Finanzierung muss die Stadt einen Bodenfonds einrichten und mit den nötigen Mitteln ausstatten

Das große Ziel ist ein gemeinwohlorientierter Wohnungsmarkt aus gemeinnützigen Eigentümer*innen und Vermieter*innen, der von Genossenschaften, sozialen Bestandshalter*innen und kommunalen Gesellschaften dominiert wird. Alle anderen Marktteilnehmenden profitieren vom Mietenstopp, von der Entbürokratisierung und dem staatlichen Einfluss.

Was lange währt, wird endlich gut. Der Bestands-Wohnungsbau hoffentlich auch.

Der Bestand an Wohnungen ist das große Pfund in unserer Stadt. 564.776 Haushalte gibt es 2020 in unserem Stadtgebiet. 2016 bis 2020 wurden in Köln rund 12.000 Wohnungen fertiggestellt, davon rund 90% bzw. 10.800 Wohnungen wirklich neu geschaffen (sonst Abriss – Neubau). Im Durchschnitt sind das 2.160 Wohnungen im Jahr. Das ist erstens viel zu wenig und zeigt zweitens, wie wichtig der Schutz von Mieter*innen in bestehenden Wohnungen ist! Der Bestand ist der wichtigste Angriffspunkt, um die Stadt auch weiterhin als Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten zu erhalten.

Gentrifizierung und Mieterhöhungen prägen unseren Alltag. Bei jeder Suche auf immoscout und Co stellen sich die Nackenhaare auf, weil die Preise wieder gestiegen und schon lange nicht mehr bezahlbar sind. Die bezahlbaren Bestandsmieten zu erhalten und Sanierung aus reiner Profitgier zu verhindern, dafür stehen wir ein.

Wir fordern, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Ausweitung der Sozialen Erhaltungssatzung (sog. Milieuschutzsatzungen), besonders in Städten wie Köln
- Ausweitung der Förderkonditionen und Finanzmittel auf Landesebene, so dass Kommunen in die Lage versetzt werden, bei bestehenden Wohnungen Bindungen anzukaufen und im Bestand bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- Auf Landesebene weiterhin die schwarz-gelbe Landesregierung unter Druck setzen, sinnvolle Maßnahmen aus dem Baulandmobilisierungsgesetz wiesektorale Bebauungspläne oder Vorkaufsrechte, Baugebote und vieles mehr zu nutzen. Wir fordern, dass die Landesregierung ihren Job macht und Menschen eine Wohnung ermöglicht, anstatt in der Wohnungswirtschaft Gelder für den Wahlkampf einzusammeln.

5.6

Antragsstelle: Jusos

Thema: DAS IST MEINE WOHNUNG UND DAS BLEIBT AUCH SO!

Wir fordern einen Stopp der Genehmigungen zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Köln für 5 Jahre. Nach 2,5 Jahren soll die Maßnahme evaluiert werden. Sie kann ggf. verlängert oder beendet werden, je nachdem, wie die Auswirkungen auf dem Mietenmarkt ausfallen sollten.

5.7

Antragsstelle: Jusos

Thema: JUSTIZZENTRUM AN STUDIERENDENWERK WEITERGEBEN UND ZU WOHNHEIM UMBAUEN! WG-PARTYS MIT DOMBLICK STATT TEURE LUXUSAPPARTEMENTS

Die Jusos Köln sprechen sich für die Umgestaltung des Justizgebäudes an der Luxemburger Straße zu einem Studierendenwohnheim mit bezahlbaren Mieten aus. Da das Justizzentrum bereits in öffentlicher Hand ist und dem Land NRW gehört, muss die Stadt sich dafür einsetzen, dass das Gebäude an das gemeinnützige Kölner Studierendenwerk verkauft wird und nicht meistbietend an eine*n private*n Investor*in. Alternativ könnte die Stadt das Gebäude selbst kaufen, wenn nötig über ihr Vorkaufsrecht, und es dann ans Studierendenwerk weiterverkaufen oder verpachten.

Die Stadt Köln und das Land NRW sollen dabei eng mit dem KStW zusammenarbeiten und es bei der Umwandlung des Hochhauses unterstützen. Stadt und Land sollen - etwa durch eine Machbarkeitsstudie - prüfen, ob eine Umwandlung des Justizzentrums in ein Studierendenwohnheim des KSTW mit voraussichtlich hunderten neuen Wohnheimplätzen möglich ist oder ob eher ein Neubau in Frage kommt. Dies soll die Position des KStW stärken, damit neuer bezahlbarer Wohnraum an der Luxemburger Straße im Zentrum Kölns für Studierende geschaffen werden kann. Zusätzlich zu einem Studierendenwohnheim können hier nach dem "HousingFirst"-Ansatz auch dauerhafte Wohnmöglichkeiten für obdachlose Menschen entstehen.

Es darf hier nicht wieder, wie bereits bei der ehemaligen Arbeitsagentur, die an eine*n private*n Investor*in verkauft wurde und bis heute leer steht, eine Chance für bezahlbaren Wohnraum verpasst werden. Die Jusos Köln fordern ein entschlossenes Handeln der Politik, um dort ein Wohnheim des Kölner Studierendenwerks zu ermöglichen! Es muss sichergestellt werden, dass die

Möglichkeiten im Interesse der Studierenden genutzt werden und die Kölner Politik nicht wieder einen Schritt zu langsam ist.

7 Gesundheit

7.4

Antragsstelle: **Jusos**

Thema: **Hausärztliche Versorgung - SUCHEN BIS DER ARZT KOMMT!**

Wir fordern eine Verbesserung der hausärztlichen Versorgung, insbesondere für neu zugezogene Personen, indem die Einwohnermeldeämter jeder neu angemeldeten Person eine*n Hausärzt*in mit Behandlungskapazitäten in Wohnortnähe vorschlagen.

Hierfür soll ein Datenaustausch zwischen Krankenkassen, kassenärztlicher Vereinigung und Kommunen ermöglicht werden. Es besteht für die Bürger*innen keinerlei Zwang, dem Vorschlag der Behörde zu folgen. Wird der Vorschlag angenommen, sollen die Einwohnermeldeämter die personenbezogenen Daten an die Ärzt*innen übermitteln dürfen, sodass eine Aufnahme in die Kartei erfolgt und ein Behandlungsplatz garantiert wird.

8 Nachhaltigkeit

8.2

Antragsstelle: Jusos

Thema : TIERE IM ESSEN -VERBRAUCHER:INNENSCHUTZ STÄRKEN

Immer mehr Menschen in Deutschland ernähren sich vegetarisch oder vegan. Darüber hinaus gibt es viele Menschen, die wegen religiöser oder anderer weltanschaulicher Gründe bestimmte Tierarten nicht essen. Bei vielen Lebensmitteln ist jedoch nicht klar erkennbar, ob sie tierische Bestandteile oder Erzeugnisse enthalten.

Einerseits können einige Inhaltsstoffe sowohl pflanzlichen als auch tierischen Ursprungs sein. Andererseits werden bei vielen auf den ersten Blick vegetarischen bzw. veganen Produkten Stoffe tierischen Ursprungs als Verarbeitungshilfen bei der Herstellung eingesetzt. Aufgrund der aktuellen Rechtslage muss beides allerdings nicht auf der Verpackung der entsprechenden Lebensmittel deklariert werden, weshalb der tierische Ursprung häufig nicht klar zu erkennen ist.

Dies führt dazu, dass Verbraucher:innen allein gelassen werden. Sie sind auf die Labels verschiedener Initiativen, auf aufwändige Recherchen und freiwillige Informationen der Hersteller:innen angewiesen. Diese Hersteller:innen sollen daher zu Transparenz darüber verpflichtet werden, was in ihren Produkten steckt und Verbraucher:innen muss es einfacher gemacht werden, sich über den Inhalt der Lebensmittel zu informieren und ihre bevorzugte Ernährungsform umzusetzen.

Deshalb fordern wir verpflichtend für die Verpackungen von jeglichen Lebensmitteln:

- Die Kennzeichnung aller Inhaltsstoffe und Zutaten tierischen Ursprungs im Zutatenverzeichnis,
- die Auflistung aller Hilfs- und Verarbeitungsstoffe, die bei der Produktion eingesetzt wurden,
- die Aufschlüsselungen in Tierbestandteile (aus toten Tieren gewonnen, d.h. weder vegetarisch noch vegan) und Tiererzeugnisse (von lebenden Tieren erzeugt, d.h. vegetarisch),
- die klare Benennung der Tierart, von oder aus der die jeweiligen Inhaltsstoffe und Zutaten gewonnen wurden.
- die Einführung von Piktogrammen um auch Menschen mit sprachlichen Barrieren zu inkludieren

10 Innen / Recht

10.6

Antragsstelle: OV Poll, Ensen und Westhoven

Thema: Reform für die Integration von Geflüchteten schaffen

Aktuell erleben wir, dass seit Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine eine hohe Anzahl von **Geflüchteten** in die EU und nach Deutschland strömt. Um den Aufenthaltsstatus dieser Menschen abzusichern, wurde hierzu auf europäischer Ebene die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie aktiviert. Alle ukrainischen **Geflüchteten** erhalten nach Registrierung in Deutschland sofort einen Aufenthaltstitel und somit auch eine Arbeitserlaubnis.

Aktuell erleben wir einen positiven Wandel in dem Umgang mit Geflüchteten, den wir sehr begrüßen, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Doch die neue Humanität gilt nicht für alle. Im Entwurf der Kommission war ursprünglich vorgesehen, die unbürokratische Aufnahme für alle Menschen gelten zu lassen, die aus der Ukraine kommen. Doch für Angehörige aus Drittstaaten, die bei Ausbruch des Krieges in der Ukraine lebten, gilt dies nicht. Ebenso wenig wie für alle anderen Geflüchteten, die nicht aus der Ukraine einreisen. Vergessen sind auch die anderen Kriege der Welt, vor denen Menschen flüchten, genauso wie vor Hunger oder den Auswirkungen des Klimawandels. Geflüchtete 2. Klasse darf es nicht geben!

Wir fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, die im Zukunftspapier 2021 beschriebenen Maßnahmen zur direkten Integration kurzfristig in eine Gesetzesvorlage umzusetzen, sowie die beschriebenen Maßnahmen zu erweitern.

- **Alle** Menschen, die neu zu uns kommen, sollen unmittelbar und ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Ursprungslandes von Anfang an die gleichen Rechte erhalten. Daher bitten wir die Bundestagsfraktion um schnelle Umsetzung der Forderung aus dem Zukunftsprogramm in geltende Rechtslage. Dort heißt es: *„Jeder, der bei uns lebt, soll das Recht haben, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Arbeitsverbote werden wir daher abschaffen."*

- Weiterhin sollen alle Menschen, die neu zu uns kommen, unmittelbar und ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltsstatus Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote haben. Sie stärken das Miteinander und den Integrationserfolg. Dergleichen müssen Kinder und Jugendliche direkt die Möglichkeit erhalten, eine Kita oder Schule zu besuchen.

- Gut integrierte Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sollen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten.

- Die Fraktion setzt sich dafür ein, dies auch auf europäischer Ebene umzusetzen. Die neue Solidarität innerhalb der EU und der Bündnispartner gilt es hierfür zu nutzen.

- Wir bitten die Ratsfraktion, sich gegenüber der Ausländerbehörde dafür einzusetzen, ihre Ermessensspielräume bei der Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis großzügig im Sinne der Asylsuchenden und Geduldeten zu nutzen und auf Beschäftigungsverbote zu verzichten.

- Die aktuelle Hilfsbereitschaft zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, durch Privatpersonen und Initiativen, gilt es zu fördern und auszubauen. Es sollen Patenmodelle zur Integration von Flüchtlingen geschaffen und ausgeweitet werden.

- Alle Flüchtlinge sollen nach ihrer Erstregistrierung nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, sondern nach Möglichkeit in geeignetem Wohnraum. Grundsätzlich müssen adäquate Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen geschaffen werden, die für alle Bundesländer gleichermaßen gelten. In Aufnahmegesetzen einzelner Bundesländer lediglich von einem "menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen" oder beziehungsweise einem "menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigung" zu reden, ist nicht ausreichend.

- Die Verteilung der Asylbewerber nach dem Königssteiner Schlüssel ist zu überdenken. Sinnvoll ist die Verteilung nach Kapazität und Aufnahmewillen der einzelnen Kommune. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich den Antrag 10.3 des OV Ehrenfeld, das die Bundesländer ohne Zustimmung des Innenministeriums Fliehende aufnehmen und auf die Kommunen, die sich zu „sicheren Häfen" erklärt haben, verteilen können.

10.7

Antragsteller: **OV Niehl**

Thema: **Familienrecht –**

Sorgerecht und Unterhalt bei nichtehelichen Elternpaaren)

Im Familienrecht besteht nach wie vor eine Ungleichbehandlung von nicht miteinander verheirateten Elternpaaren gegenüber solchen, die miteinander verheiratet sind.

1. Wir beantragen daher, zu regeln, dass eine Gleichstellung nichtehelicher Eltern mit ehelichen Eltern im Hinblick auf einen Betreuungsunterhalt zur Absicherung des betreuenden Elternteils erfolgt durch Einführung einer Regelung, wonach der betreuende nicht verheiratete Elternteil gegenüber dem nicht betreuenden Elternteil einen Unterhaltsanspruch, der sich nach den Einkommensverhältnissen beider Partner richtet, hat.

Begründung:

Grundsätzlich hat zwar der nichtverheiratete Elternteil, der das unter dreijährige Kind betreut, einen Unterhaltsanspruch dem nicht betreuenden Elternteil gegenüber. Anders ist jedoch die Berechnung des Unterhaltsanspruchs. Bei verheirateten Paaren wird bei der Berechnung das Einkommen des nicht betreuenden Elternteils bei der Berechnung zugrunde gelegt. Bei nicht verheirateten Paaren wird nur das vor der Betreuungszeit erzielte Einkommen des betreuenden Elternteils zugrunde gelegt. Dies hat häufig wirtschaftliche Schräglagen zur Folge, wenn der nicht betreuende Elternteil deutlich mehr verdient als der betreuende Elternteil. Aufgrund der Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen und der gesellschaftlichen Realität bei der Erziehungsarbeit, insbesondere in den ersten drei Lebensjahren, sind Frauen davon überwiegend betroffen. Auch in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft wird häufig die Entscheidung getroffen, dass der besserverdienende Elternteil weiterarbeitet und der andere Elternteil das Kind betreut.

Zudem wird dadurch die Erziehungsarbeit von nichtehelichen Eltern gegenüber ehelichen Eltern ungleich behandelt.

2. Außerdem soll geregelt werden, dass bei Geburt des Kindes beide Eltern das Sorgerecht haben, wenn die Vaterschaft anerkannt wird vom Vater und biologisch nachgewiesen ist bei Bestreiten.

Begründung:

Nach der derzeitigen Gesetzeslage muss der Kindesvater, wenn die Kindesmutter dem Sorgerecht nicht zustimmt beim Jugendamt, das Sorgerecht gerichtlich beantragen. Oftmals entstehen hier lange streitige Verfahren, in denen die Kindesmütter lediglich mangelnde Kommunikation einwenden. In den meisten Fällen wird den Vätern zwar das Sorgerecht zugesprochen, allerdings entspricht es nicht der europäischen Praxis, dass hier zuvor ein gerichtliches Verfahren nötig ist.

3. Es ist ferner zu regeln, dass der Kindesunterhalt auch im Falle eines Wechselmodells nach den Einkommensverhältnissen der Elternteile quotal berechnet wird. Ein Verzicht auf Zahlung des Kindesunterhalts im Einvernehmen der Eltern ist nicht zulässig. Es muss klargestellt werden, dass das Kind den Unterhaltsanspruch gegen jeden Elternteil m Rahmen der Einkommensverhältnisse hat.

Begründung:

Es herrscht der häufige Rechtsirrtum, dass bei der Praxis des Wechselmodells, also das Kind lebt abwechselnd die gleiche Zeit bei jedem Elternteil in dessen Haushalt, kein Kindesunterhalt mehr zu

zahlen ist. Dies ist falsch. Es besteht die jahrelange Gerichtspraxis und Rechtsprechung der OLGs und des BGH, dass im Falle des Wechselmodells der Barkindesunterhalt gegen jeden Elternteil nach seinen Einkommensverhältnissen entsprechend der Düsseldorfer Tabelle besteht. Die Eltern haben nach einer zu ermittelnden Quote Kindesunterhalt zu leisten. Dies dient der Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse des Kindes bei beiden Elternteilen im Falle der Trennung. Ansonsten passiert es, dass das Kind beim einkommensschwachen Elternteil in wesentlich schlechteren Verhältnissen lebt. Zudem wird oft das Wechselmodell aus den Gründen angestrebt, die Kindesunterhaltszahlung an den betreuenden Elternteil einsparen zu können.

11 Außenpolitik / Sicherheitspolitik

11.2

Antragsstelle: **EuropaForum**

Thema: **Europäische Resilienz, zivilgesellschaftlicher Dialog und Wege zu einer neuen Friedensordnung**

Der Unterbezirksparteitag der KölnSPD möge beschließen,

den Diskussionsbeitrag *„Europäische Resilienz, zivilgesellschaftlicher Dialog und Wege zu einer neuen Friedensordnung"* des Europaforums der KölnSPD zur Kenntnisnahme, weiteren Befassung und Diskussion weiterzuleiten an:

- die Ortsvereine der KölnSPD,
- den Landesvorstand der NRWSPD und seine thematisch betroffenen Arbeitskreise und Foren,
- den SPD-Bundesvorstand und seine thematisch betroffenen Arbeitskreise, Kommissionen und Ausschüsse.

Der brutale Angriffskrieg der russischen Regierung gegen die Ukraine hat fundamentale Gewissheiten infrage gestellt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Eindrücke wollen wir mit diesem Diskussionsbeitrag

- grundlegende Fragen aufzeigen, die sich aus der neuen Weltlage („Zeitenwende") ergeben,
- Denkanstöße geben, damit diese Fragen mit der gebotenen Tiefe in unserer Partei und darüber hinaus diskutiert werden,
- uns unserer Grundwerte und Überzeugungen neu vergewissern und unsere politische Praxis im Hinblick auf diesen Wertehorizont überprüfen, und
- in einigen zentralen Feldern europäischer Politik Leitlinien, Strategien und Handlungsoptionen aufzeigen.

Einleitung:

Putins völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine stürzt Millionen von Menschen in Abgründe von Tod, Verletzung, Misshandlung, Traumatisierung, Vertreibung, Hunger und Existenznot. Die Folgen reichen weit über die Ukraine hinaus.

Wir verurteilen diesen Krieg aufs Schärfste. Er widerspricht den grundlegendsten Regeln des Rechts, des Anstands und des menschlichen Zusammenlebens. Mit diesem Krieg hat die russische Regierung die nach dem 2. Weltkrieg mühevoll aufgebaute internationale Ordnung verlassen, den gemeinsamen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts den Rücken zugekehrt und handelt offensichtlich in der Tradition imperialistischer Regime. Ein in weiten Teilen nationalistisch motivierter Angriffskrieg stellt nicht nur ideologisch einen Rückfall in längst für überwunden gehaltene Politik dar. Er steht auch ganz praktisch der Arbeit an den eigentlich anstehenden Aufgaben für die Weltgemeinschaft, insbesondere dem Kampf gegen die Klimakatastrophe, entgegen und verschärft globale Krisen und Ungerechtigkeiten, z.B. durch die kriegsbedingten Ausfälle von Getreide- und Nahrungsmittelexporten.

Dass dies ein Irrweg ist, der sich nicht lohnen darf, muss für alle deutlich werden. Um die Herausforderungen unserer Generation bewältigen zu können, brauchen wir eine internationale Ordnung, in der sich Völkerrecht, territoriale Integrität und friedliche Koexistenz der Staaten, sowie Selbstbestimmung der Völker und Demokratie durchsetzen. Das muss unser Ziel und unser Anspruch sein, auch und gerade mit Blick auf den Krieg in der Ukraine. Wir dürfen nicht zulassen, dass das „Recht des Stärkeren" sich gegenüber der „Stärke des Rechts" durchsetzt.

Wie sich dieses Ziel am besten erreichen lässt, und wie sich die Gefahr einer weiteren verheerenden Ausweitung des Krieges so gering wie möglich halten lässt, liegt nicht klar auf der Hand. Angesichts der Tragweite der zu treffenden Entscheidungen wäre es fahrlässig, sie zum Gegenstand parteipolitischer Erwägungen zu machen oder nach allgemeiner Stimmungslage zu entscheiden. Dies ist kein Moment für moralischen Überschwang oder kraftvolle und plakative Gesten, so sehr manche sich dies auch wünschen mögen. Wichtig ist vielmehr für jeden Schritt eine verantwortungsvolle, vom Ende her gedachte und jederzeit situationsangepasste Abwägung. Denn die Gefahr einer Eskalation durch das mit dem Rücken zur Wand stehende Putin-Regime, bis hin zum Einsatz nuklearer Waffen gilt es zu minimieren und Kettenreaktionen bis hin zur Verstrickung von NATO-Partnern gilt es zu vermeiden. Wir werben dabei für den Mut zum Fragezeichen, zur offenen Diskussion und zum besonnenen, schrittweisen Vorgehen.

Der Krieg hat unsere Abhängigkeiten und Verletzlichkeiten, sowie die Fehleinschätzungen deutscher Politik in der Vergangenheit schonungslos offengelegt. Diese gilt es zu analysieren und die richtigen Schlüsse zu ziehen. **Welche Fehler hat die deutsche Politik in der Vergangenheit gemacht? Ist der Ansatz „Wandel durch Handel" gescheitert? Wie können wir verhängnisvolle Abhängigkeiten reduzieren, ohne dabei die wirtschaftlichen Freiheiten und internationalen Verflechtungen aufzugeben, die die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges sind?** Hierauf suchen wir Antworten in einem ersten Teil dieses Antrags.

Eine entscheidende Rolle kommt dabei der Europäischen Union zu. **Wie können die Staaten der Europäischen Union widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche und militärische Bedrohungen werden, ihre Energieversorgung sowie ihre digitale Infrastruktur absichern, ihr Wirtschafts- und Sozialsystem aufrechterhalten und der Aushöhlung unserer Demokratie, der Desinformation und den Bedrohungen für einen freien, zivilgesellschaftlichen Diskurs entgegentreten?** Dies ist Gegenstand des zweiten Teils.

Und schließlich: **Welche Schritte könnten helfen, um den Wiederaufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung nach dem Krieg wieder möglich erscheinen zu lassen? Was muss unternommen, was sollte unterlassen werden? Wie müssen wir unser Verhältnis zu anderen Autokratien anpassen und neu gestalten? Welche Rolle soll Europa in der Welt spielen und wie kann es zum Fortschritt der Weltgemeinschaft beitragen?** Diesen Fragen widmet sich der dritte Teil.

Erster Teil: Rückblick und Analyse

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert einen historischen Bruch und läutet eine Zeitenwende in der europäischen, wenn nicht gar in der Weltpolitik ein. Die geschichtliche Epoche seit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus", die von Marktliberalismus und Globalisierung, aber auch von Fortschritten bei der Demokratisierung und der europäischen Integration gekennzeichnet war, ist in einer existenziellen Krise. Die These vom „Ende der Geschichte" durch den „Sieg" des (mehr oder weniger demokratisch eingehegten) Kapitalismus im Kalten Krieg erweist sich endgültig als Wunschtraum, der den Blick auf reale Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, in Russland und in Asien zu lange gefährlich vernebelt hat.

Auch wir Sozialdemokrat*innen beginnen uns zu fragen, wie scharf unser Blick auf neuen Nationalismus, Geopolitik und globale Machtverschiebungen in den letzten Jahren gewesen ist. Zu

Recht sind wir stolz auf unsere Tradition und auf bewährte politische Konzepte der Friedens- und Entspannungspolitik, zur Förderung der europäischen Integration und der globalen Gerechtigkeit. Damit verbundene politische Ideen und Instrumente werden wir nicht einfach über Bord werfen. Aber wir müssen sie kritisch auf ihre Tauglichkeit für die Jahre nach der „Zeitenwende" überprüfen. Dazu gehören auch die Grundsätze „Wandel durch Handel" bzw. „Wandel durch Annäherung".

Die Grundidee, Dialog, Interessenausgleich, sowie zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Verflechtungen mit Russland anzustreben („Wandel durch Annäherung") war richtig und hat eine lange Phase des Friedens in Europa erst ermöglicht. Verflechtungen führen *in der Regel* dazu, dass beide Seiten ein Interesse an Stabilität und friedlicher Koexistenz haben. Dies hat mitgeholfen, die Gräben des Kalten Kriegs zu überwinden.

„Wandel durch Handel" hat aber einige Voraussetzungen, die in Bezug auf Russland in den letzten 15 Jahren immer weniger gegeben waren. Diese Voraussetzungen müssen wir uns vor Augen führen, um die Grenzen des Konzepts „Wandel durch Handel" besser zu verstehen:

Erstens ist die Idee, dass fortschreitender Wohlstand durch wirtschaftliche Verflechtung auch zu einem Wunsch nach Stabilität und Frieden führt nur dort gegeben, wo breite Bevölkerungsschichten an diesem Wohlstand teilhaben und sich in die freie politische Willensbildung einbringen können. In autokratischen und kleptokratischen Systemen, in denen der Reichtum nur einer kleinen Elite zu Gute kommt, die sich damit die Macht sichert und eine freie politische Willensbildung unterdrückt, läuft „Wandel durch Handel" leer. Dies war leider in Russland in den letzten Jahren der Fall: einerseits blieb die russische Bevölkerung weit hinter den wirtschaftlichen Entwicklungen in westlichen Staaten zurück; andererseits war es für das Regime einfach, mit Verweis auf die NATO-Osterweiterungen der 1990er und 2000er Jahre Ressentiments zu schüren und die Schuld für Missstände im Ausland zu verorten. Ein schwerer Fehler der deutschen Außenpolitik war, dass sie nicht zur Kenntnis genommen hat, dass das politische System Russlands (nach einigen hoffnungsvollen, aber instabilen Jahren) sich ab 2003 zu einem mehr und mehr totalitären, repressiven und nationalistischen Regime gewandelt hat, in dem der herrschenden Clique Gemeinwohl, sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe zunehmend gleichgültig wurden. Auch das Interesse an Stabilität und Status Quo, welches lange die poststalinistische Sowjetunion geprägt hatte, wich in Russland unter Putin zunehmend einer expansiven und revisionistischen Ausrichtung. Dass die unterstellte „Rationalität" der russischen Regierung damit auf ganz anderen Logiken, Narrativen und Beweggründen fußte als auf unseren Ideen von Gemeinwohl und gesellschaftlichem Fortschritt, haben oder wollten wir nicht kommen sehen.

Zweitens hat die deutsche Außenpolitik es versäumt, „Wandel" aktiv einzufordern oder hinreichend zu unterstützen, etwa in Bezug auf gesellschaftliche Transformation, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und wirtschaftliche Teilhabe. Stattdessen hat man im Westen – nach erfolgter Privatisierung wichtiger Versorgungsinfrastruktur – die Umsetzung des Konzepts „Wandel durch Handel" den privaten Wirtschaftsakteuren überlassen. Diese Unternehmen waren aber in erster Linie an kurzfristiger wirtschaftlicher Rendite interessiert und haben sich nie für die Umsetzung politischer Konzepte oder gar Transformationsaufgaben verantwortlich gefühlt. Ganz anders lief die Entwicklung auf russischer Seite, wo der Staat seit der Zerschlagung des weltgrößten Öl- und Gaskonzerns „Yukos" in 2003, dem Erwerb weiterer essentieller Unternehmen und der herbeigeführten Loyalität der sogenannten Oligarchen die volle politische Kontrolle über nur scheinbar private Unternehmen ausübt. Vor dem Hintergrund einer solchen Asymmetrie verfehlt der von uns erhoffte „Wandel durch Handel" seine Wirkung: Putin hat den Spieß längst umgedreht und versucht, uns einen „Wandel" in seinem Sinne aufzuzwingen.

Drittens haben wir zugelassen, dass durch die Fokussierung auf den billigsten Einkaufspreis russische Rohstoffe und Lieferbeziehungen einen immer größeren Marktanteil aufbauen konnten. Dies ging zu Lasten einer gesunden Diversifizierung. Die daraus entstehende Abhängigkeit war zwar als gegenseitige Abhängigkeit gedacht. Dass aber ein Ungleichgewicht im Hinblick auf die zeitlichen Bedarfe entstand, wollten wir nicht zur Kenntnis nehmen. So müssen wir heute mit ansehen, dass

unsere Industrie und unsere Verbraucher *kurzfristig* viel stärker abhängig von russischen Rohstofferzeugern sind als umgekehrt. *Langfristige* wirtschaftliche Nachteile scheint das Putin-Regime aus ideologischen Motiven billigend in Kauf zu nehmen. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Marktkonzentration und Abhängigkeit von russischem Gas war auch das lange Festhalten an NordStream 2 aus heutiger Sicht ein Fehler.

Viertens war es falsch, dass deutsche Außenpolitik – oft aus falsch verstandener historischer Rücksichtnahme auf Russland - nicht hinreichend die Interessen derjenigen Staaten und ihrer Bürger berücksichtigt hat, die sich in Russlands Nachbarschaft von russischer Dominanz befreien und zivilgesellschaftlichen Fortschritt erreichen wollten. In unserer Fixierung auf Ausgleich und Kooperation mit Russland haben wir die kleineren osteuropäischen Nachbarn gelegentlich als Staaten zweiter Klasse behandelt und über ihre Köpfe hinweg Einflusszonen definiert. Dies hat Putin offenbar als Ermutigung für Expansion und Aggression aufgefasst.

Und **schließlich** haben wir zu lange die frappierenden Gemeinsamkeiten und Verflechtungen nationalistischer, reaktionärer und identitärer Bestrebungen in Russland, in Ost- und Westeuropa und weltweit akzeptiert oder ignoriert. Jedenfalls haben wir sie nicht klar und konsequent genug politisch zurückgewiesen und bekämpft. Mit Desinformation, sowie finanzieller und politischer Unterstützung hat Putin sich inzwischen ein Netzwerk von bewussten und unbewusst manipulierten Unterstützern bis in die Spitze wichtiger Staaten geschaffen, mit welchen er versucht, die Einigkeit und Geschlossenheit des Westens von innen heraus zu destabilisieren. Hier ist ein stärkeres Gegensteuern erforderlich.

In der Rückschau war es daher ebenso naiv wie fahrlässig, der Idee von „Wandel durch Handel" in einer Weise zu vertrauen, wonach wirtschaftliche Öffnung und Verflechtung „wie von selbst" auch zu demokratischem Fortschritt und zu einer offenen Gesellschaft in Russland, und folglich auch zu Frieden und Stabilität führen würden.

Hoffnung, Vertrauensvorschuss und Glaube an Fortschritt haben bis zu einem gewissen Punkt Frieden ermöglicht und sind daher ganz sicher nicht verwerflich. Wir Sozialdemokrat*innen müssen uns nicht dafür schämen, dass wir auf das Gute im Menschen vertrauen. Aber im Fall Russlands wäre schon früher eine höhere Wachsamkeit geboten gewesen. Stattdessen haben wir aus intellektueller Bequemlichkeit den Dingen ihren Lauf gelassen und uns allzu pragmatisch und „realpolitisch" um des lieben Friedens willen auf eine nicht zu Ende gedachte Politik eingelassen.

Dabei gilt es doch vor allem anderen, frei nach Egon Bahr, die jeweiligen *Interessen* zu erkennen und diese ernst zu nehmen. Die wahren Interessen Putins – die sich eigentlich an seinen Handlungen hätten ablesen lassen – hat die deutsche Außenpolitik jedoch aus dem Auge verloren: Großmachtfantasien, geopolitische Dominanz und territoriale Expansion.

In brutaler Weise legt der aktuelle Krieg auch offen, wie Abhängigkeiten von Rohstoffen die Weltpolitik dominieren. Dies gibt uns eine Vorahnung von den Konflikten der Zukunft. Die dramatische Klimakrise ist ein Treiber der Interessenkonflikte um Rohstoffe. Wo es heute um russisches Öl und Gas für die nächsten Jahre und um die Bodenschätze und landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Ukraine geht, wird es in der Zukunft darüber hinaus auch um das Aluminium für die zu bauenden Windräder gehen, das Silizium und Kupfer für die Solarkraftwerke und Stromnetze, das Lithium, Nickel und Kobalt für die Energiespeicher, sowie die Eisenerze für die kommenden Infrastrukturen. Ein Krieg um die Arktis oder um Rohstoffe in Afrika könnten der nächste Akt in diesem Drama werden.

Einseitige Abhängigkeiten von diesen Rohstoffen bedrohen sowohl den Frieden als auch die Umsetzung der anstehenden Transformationsaufgaben. Um Frieden und Wohlstand zu sichern und das Klima zu retten, muss es uns deshalb gelingen, diese Unausgewogenheiten auszubalancieren. Dies darf nicht allein „dem Markt" überlassen, sondern muss stärker als bisher wieder als politische Gestaltungsaufgabe verstanden werden.

Zweiter Teil: Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union stärken

Um widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche und militärische Bedrohungen zu werden, muss die Europäische Union ihre Energieversorgung sowie ihre digitale Infrastruktur gemeinsam umbauen und absichern, im Bereich der Verteidigung sowie der Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle stärker zusammenarbeiten und der politisch gesteuerten Desinformation und Manipulation entgegentreten.

Gemeinsame europäische Energiepolitik

Der Krieg in der Ukraine hat schmerzhaft offengelegt, wie abhängig die europäischen Volkswirtschaften von autokratischen Mächten sind. Ein Umsteuern ist notwendig.

Ziel dieses Umsteuerns kann es nicht sein, die Abhängigkeiten von Russland durch Abhängigkeiten von anderen autokratischen Systemen zu ersetzen, oder gar grenzüberschreitende Verflechtungen insgesamt abzubauen („Deglobalisierung"). Unter einer Abschottung würde insbesondere Deutschland als Exportnation empfindlich leiden. Preissteigerungen und Kaufkraftverluste, bis hin zur Deindustrialisierung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten könnten die Folge sein. Vielmehr ist es erforderlich, Lieferbeziehungen zu diversifizieren, einseitige Abhängigkeiten zu verringern und Reserven kritischer Rohstoffe und Schlüsseltechnologien innerhalb der Europäischen Union aufzubauen und abzusichern.

Vor allem aber muss das Umsteuern bei der Energieerzeugung innerhalb der EU beschleunigt werden. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang ein schneller Abschied von fossilen und nuklearen Energieträgern und die Schaffung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Bei dieser Transformation muss Europa koordiniert vorgehen, um schnell voranzukommen. Die auszubauenden Technologien müssen kompatibel sein und aufeinander abgestimmt werden. So können auch Synergien und Skaleneffekte genutzt werden. Insbesondere muss bei der Herstellung und Verteilung von grünem Wasserstoff stärker zusammengearbeitet werden, um Fabriken und Netze schneller und wirtschaftlicher aufzubauen.

Es müssen transeuropäische Infrastrukturen aufgebaut werden: Wasserstoffpipelines, Stromnetze, Pumpspeicherkraftwerke, Gasspeicher etc. Länder, in denen die Sonne mehr scheint oder in denen der Wind mehr weht, sollten beim Ausbau von Stromerzeugungskapazitäten priorisiert werden.

Dies erfordert gemeinsame Investitionen in eine gemeinsame Infrastruktur. Alle europäischen Verbraucher sollen von dieser gemeinsamen Infrastruktur profitieren. Dabei soll der Kernbereich der gemeinsamen europäischen Infrastruktur in der öffentlichen Hand verbleiben, und zwar im gemeinsamen europäischen Eigentum. Die Vergemeinschaftung würde sowohl gemeinschaftliches öffentliches Eigentum als auch die gemeinsame hoheitliche Kontrolle umfassen. Eine rechtliche Absicherung einer solchen europäisierten Energieinfrastruktur könnte sich an den Vorbildern der Montanunion („Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" von 1952), sowie des Energiecharta-Vertrages von 1994 orientieren. Vergleichbare rechtliche Mechanismen wären ins Gemeinschaftsrecht zu integrieren.

Die Beschaffung von Energieträgern, d.h. in einer Übergangszeit auch fossilen Energieträgern, muss europäisch koordiniert erfolgen. Ein gegenseitiger ruinöser Überbietungswettbewerb zwischen EU-Staaten sollte vermieden werden. Von Preisspiralen profitieren vor allem die Verkäufer, wie insbesondere Gazprom, Rosneft & Co., zu Lasten ärmerer Staaten innerhalb und außerhalb Europas. Wo die Verkäuferseite staatlicher Kontrolle unterliegt, ihre Rohstoffvorkommen zu geopolitischen Zwecken einsetzt und Marktmechanismen unterläuft, müssen auch Einkäufer und Versorger sich konzertieren, notfalls mittels staatlicher Eingriffe und Lenkungsmaßnahmen. Eine enge europäische und internationale Abstimmung ist deshalb notwendig.

Verteidigung, Rüstungszusammenarbeit und Cybersicherheit

Die aktuellen Kämpfe der Ukrainer für Freiheit und Selbstbestimmung führen uns vor Augen, welch existenziellen Wert militärische Wehrhaftigkeit für unsere Demokratien im heutigen Europa haben kann. Gleichzeitig verfolgen wir, wie stark wir in dieser Hinsicht auf die Unterstützung der USA angewiesen sind und wie wenig Deutschland und Europa in der Lage sind, europäische Beistandsverpflichtungen mit Leben zu füllen. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass Finnland und Schweden in die NATO streben.

Es ist aber kein Naturgesetz, dass die Interessen der USA sich stets mit unseren europäischen Sicherheitsinteressen decken; ebenso wenig ist gesichert, dass die USA auch in Zukunft bereit sind, sich für den Schutz europäischer NATO- und Nicht-NATO-Staaten so umfassend zu engagieren, wie sie es derzeit tun; und schließlich lassen die innenpolitischen Entwicklungen in den USA in den letzten Jahren Zweifel zu, ob das dortige politische System in den nächsten Jahrzehnten genauso stabil und verlässlich bleibt wie in den vergangenen Jahrzehnten. Aus diesem Grund müssen wir in der Lage sein, mehr Verantwortung für unsere Sicherheit und Verteidigung selbst zu übernehmen. Auch dafür ist die EU ein geeigneter Handlungsrahmen, der uns vor nationalen Alleingängen, Ineffizienzen und Aufrüstungsspiralen schützen kann.

Deshalb haben sich die Staaten der Europäischen Union in Art. 42 (7) des EU-Vertrages gegenseitigen Beistand versprochen. Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf uns alle. Diese Realität ist in den letzten Jahren gestärkt worden durch PESCO, die ständige strukturierte Zusammenarbeit in Sicherheit und Verteidigung in der EU. Auch Rückschlägen und Hindernissen zum Trotz hat sich die EU in den letzten Jahren auf einen gemeinsamen Weg gemacht. Heute erkennen wir die Dringlichkeit und den Wert einer solchen Politik.

Verteidigung muss künftig als gemeinsame europäische Aufgabe gedacht, organisiert und gesteuert werden. Über die genaue Ausgestaltung ist ein Diskurs in der politischen und der parlamentarischen Öffentlichkeit dringend notwendig.

Dabei kommt es weniger auf Aufrüstung und Mobilisierung großer weiterer Finanzmittel an, als vielmehr auf eine stärkere Vernetzung, bessere Organisation und zielgerichtete Verstärkungen. Denn die kombinierten Verteidigungshaushalte der EUStaaten übertreffen denjenigen von Russland bei weitem - trotzdem ist zweifelhaft, ob die Verteidigungsfähigkeit damit gewährleistet ist.

Es ist daher zu fragen, ob und wie

- die Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen zukünftig noch stärker europäisch abgestimmt werden kann, um mit einer Bündelung von Anstrengungen in Forschung, Entwicklung und Produktion Beschaffungsvorgänge effizienter zu machen;
- die Kompatibilität von Waffensystemen und den damit zusammenhängenden Wartungsvorgängen und Logistikketten sichergestellt werden kann („Interoperabilität“);
- teilweise unnötige Dopplungen im Sinne einer Arbeitsteilung reduziert werden können - was perspektivisch übrigens auch der Gefahr von nationalen Alleingängen innerhalb Europas vorbeugen könnte;
- europäische Kommandostrukturen unter dem Dach der NATO stärker ausgebaut werden können;
- daneben auch eine EU-Verteidigungszentrale für den Bündnisfall gemäß Art. 42(7) EUV sinnvoll wäre;
- eine stärkere Vernetzung im Sinne gemischter Verbände sinnvoll wäre, oder auch eine Vertiefung bestehender Verbände unter dem Eurocorps oder der EU Battlegroups;
- insbesondere gemeinsame europäische Verbände zur Abwehr von Cyberangriffen geschaffen werden sollten;
- auch verstärkt Übungen und Manöver innerhalb der europäischen Achse erfolgen können;
- die Europäische Friedensfazilität ausgeweitet werden sollte;
- zusätzliche Kompetenzen der EU im Bereich der Rüstungskontrolle, insbesondere auch der Kontrolle autonomer Waffensysteme, und der Rüstungsexportkontrolle eingerichtet werden müssten;

- das Europäische Parlament Mitsprache- und Kontrollrechte erhalten sollte (etwa durch Einrichtung eines europäischen Verteidigungsbeauftragten aus den Reihen der Parlamentarier).

Was darüber hinaus die digitale Infrastruktur und Cybersicherheit angeht, ist es aus unserer Sicht erforderlich, die Vorschläge für Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates über die Resilienz kritischer Einrichtungen (CER-Richtlinie 14262/20 und NIS2-Richtlinie COM/2020/823) zügig zu verabschieden und umzusetzen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll die Zusammenarbeit mitanderen mitgliedsstaatlichen und europäischen Behörden vertiefen und erweitern. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass am Standort Bonn hierfür geeignete Voraussetzungen geschaffen werden.

Kampf gegen Desinformation

Der Verbreitung von Propaganda, Desinformation und Hetze im Netz muss wirksam Einhalt geboten werden. Der neue Digital Services Act (DSA) muss konsequent umgesetzt werden. In der EU tätige Online-Plattformen und soziale Netzwerke müssen Urheber bzw. Auftraggeber offenlegen und rückverfolgbar machen. KI-gestützte Frühwarnsysteme und Faktenprüfungen sollten eingeführt werden, um Falschinformation aufzudecken. Betreiber müssen dazu angehalten werden, durch die Entfernung illegaler oder falscher Inhalte zur Bekämpfung von Desinformation beizutragen. Die Pflichten der Betreiber sollten mittels Rechenschaftspflichten und Sanktionen durchgesetzt werden.

Dabei sind Meinungsfreiheit und Pluralität zu gewährleisten. Regierungsseitige Eingriffe in die freie Medienlandschaft, wie sie insbesondere in Ungarn in den letzten Jahren zu beobachten waren, müssen von der Europäischen Kommission wirksam sanktioniert werden, notfalls unter Einsatz bzw. Fortentwicklung des Europäischen Rechtsstaatsmechanismus.

Die Verwendung von Algorithmen und Nutzerdaten für politische Kampagnen muss transparent gemacht werden. Das Geschäftsmodell von Cambridge Analytica hat die Wahl von Donald Trump und das Brexit-Votum befördert. Solche verdeckten und gezielten Einflussnahmen (micro-targeting) haben das Potenzial, unsere Demokratie auszuhöhlen. Daher ist es erforderlich, die hinter politischen Kampagnen stehenden Ströme von Daten und Geldern vollständig offenzulegen.

Dritter Teil: Schritte in Richtung einer neuen Friedensarchitektur

Ganz sicher ist die vorrangige Aufgabe der kommenden Wochen und Monate, den Krieg in der Ukraine, das Blutvergießen und das Leiden der Menschen dort so schnell wie möglich zu beenden, die Ukraine dabei zu unterstützen, ihre territoriale Integrität so weit wie möglich wiederherzustellen und den Wiederaufbau der Ukraine in Gang zu setzen. Der Vorschlag der italienischen Regierung (Vier-Stufen-Plan) ist eine gute Grundlage für die Anstrengungen, welche in den nächsten Monaten erforderlich sind.

Es ist heute noch eine offene Frage, ob es nach einem Kriegsende in der Ukraine in Europa und der Welt bald wieder zu einer allgemein anerkannten regelbasierten „Nachkriegsordnung" kommen kann. Der mit dem Krieg entstandene Vertrauensverlust ist dramatisch und wird noch lange nachwirken. Vielleicht müssen wir uns auf eine Zeit der Unsicherheit, mit volatilen Vereinbarungen und Bündnissen und miteinander konkurrierenden ökonomischen und politischen Systemen einstellen, in der die „Weltordnung" nicht mehr gesichert erscheint und verbindliche völkerrechtliche Normen in weiten Teilen der Welt nicht durchsetzbar sind . Die Systeme und Institutionen kollektiver Sicherheit, die sich nach dem 2. Weltkrieg und im Zuge der Ost-West-Entspannungspolitik herausgebildet haben, durch Russlands Angriffskrieg beschädigt oder zumindest schwer herausgefordert. Vorher schon erkennbarer Reformbedarf ist nun auf drastische Art und Weise in den Fokus gerückt. Das gilt insbesondere für kollektive Konfliktvermeidungssysteme wie die OSZE, aber auch für die Vereinten Nationen (UN). Welche Rolle kann z.B. der UN-Sicherheitsrat noch beanspruchen, der schon vor dem Ukrainekrieg an Autorität und Durchsetzungsmacht verloren hatte

und in dem eine kriegführende Atommacht vertreten ist, die jegliche humanitären und politischen Anstrengungen ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Grundprinzipien mit ihrem Veto blockieren kann? Wie kann der Multilateralismus, der nötiger ist denn je, aus dieser Krise herausfinden und gestärkt werden?

Verhältnis zu Russland und zukünftige Möglichkeiten für zivilgesellschaftlichen Dialog

Weder harte Wirtschaftssanktionen noch Waffenlieferungen werden ausreichen, um den Frieden zu schaffen. Um den Krieg zu beenden, ist es notwendig, weiterhin alle möglichen diplomatischen Gesprächskanäle zu nutzen, auch gegenüber China, Indien und anderen wichtigen Akteuren, und von möglichst vielen Seiten Druck aufzubauen. Da sich die Situation ständig ändert, ergeben sich auch immer wieder neue Chancen, die dann aktiv ergriffen werden müssen. Dafür braucht es bestehende Gesprächsfäden und Geduld. Wenngleich diese Anstrengungen mit Frustration und Fehlschlägen verbunden sein werden, dürfen sie nicht aufgegeben werden.

Wir müssen besonnen und an die aktuelle Situation angepasst handeln. Da wir keine Kriegspartei sind, definieren wir keine Kriegsziele. Wir wollen aber, dass Putin den Krieg nicht gewinnt (wobei schon jetzt absehbar ist, dass das russische Volk zu den größten Verlierern dieses Krieges zählt). Deshalb unterstützen wir die Ukraine in ihrem selbsterklärten Ziel, ihre Souveränität zu verteidigen, den Status Quo vor dem 24. Februar 2022 wiederherzustellen und zu einer Grundlage von Friedensverhandlungen zu machen. Die Bedingungen einer Friedensvereinbarung kann nur die Ukraine selbst formulieren. Westliche Sanktionen gegen Russland können danach im Einvernehmen mit der Ukraine gelockert werden.

Eine neue Friedensordnung für Europa ist derzeit weit weg, muss aber das Zielbild bleiben. Es wäre eine Illusion, zu glauben, dass die Welt sicherer wird, indem man versucht, Russland zu einer Art riesigem Nordkorea zu machen: Zunächst wird es gar nicht möglich sein, Russland dauerhaft wirtschaftlich zu isolieren und auszuzehren, weil sich China, Indien und andere wichtige Staaten, in denen ein Großteil der Weltbevölkerung lebt, weigern würden, sich einem (vorgeblich) „westlichen Diktat" zu unterwerfen. Ein dauerhaft isoliertes Russland wäre zurückgeworfen auf die wenigen Instrumente, die es noch in der eigenen Hand hält, wie insbesondere sein nukleares Potential und seine Fähigkeiten im Bereich von Cyberkriminalität und Propaganda – das kann nicht in unserem Interesse sein! Außerdem wird das größte Flächenland der Erde beim Schutz von Klima und natürlichen Lebensgrundlagen dringend gebraucht. Nicht zuletzt ginge kulturelles und kreatives Potential verloren, welches aus der Vernetzung unserer modernen Welt entsteht. Es ist also alternativlos, mittelfristig wieder auf Annäherung, Austausch und Zusammenarbeit zu setzen.

Die Rückkehr zur zivilisierten Welt und zum Völkerrecht muss aus Russland heraus erfolgen. Der Wiederaufbau des zerstörten Vertrauens wird Zeit brauchen und glaubhafte Schritte der Abkehr von der bisherigen Politik seitens der russischen Regierung erfordern. Aber wir Europäer können uns darum bemühen, Türen offen zu halten und Gesprächsräume wieder zu eröffnen. An bewährte Formate der Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen wir wieder anknüpfen, sobald die Umstände es zulassen.

Der Grundgedanke von „Wandel durch Annäherung", zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit und Völkerverständigung von Mensch zu Mensch wird nach dem Krieg relevanter sein denn je. Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, kulturelle und universitäre Zusammenarbeit sowie Reisen können nach dem Krieg den Nährboden schaffen für Dialog, Verständnis und Verständigung. So setzen wir uns dafür ein, dass Köln an seine Städtepartnerschaft mit-Wolgograd nach dem Krieg wieder anknüpft.

Aufklärung, Dokumentation und Information über die stattgefundenen Gräuel sind wichtig, genauso wie Aufarbeitung im Rahmen des Völkerstrafrechts.

Wir wissen, dass eine Forderung nach Dialog und Austausch mit der russischen Zivilbevölkerung im Moment in vielerlei Hinsicht illusorisch klingt. Aber allein das Signal, dass wir es in der Zukunft für

möglich halten, macht einen Unterschied. Es werden viele kleine Schritte notwendig sein und es kann sein, dass wir für eine Wiederannäherung einen langen Atem brauchen. Diesen Weg zu gehen wird dennoch notwendig sein.

Stärkung des Multilateralismus und Rolle der Europäischen Union

Je größer die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten in der Welt sind, desto verletzlicher sind wir in allen Teilen der Welt und umso wichtiger sind internationale, multilaterale Strukturen und Lösungsansätze. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg zeigen dies beispielhaft: der Ausbruch des Covid 19-Virus in China hat zu Infektionen und Corona-Toten in allen Teilen der Welt geführt. Der Ukraine-Krieg verschärft die Hungerkrise in vielen Ländern der Südhalbkugel dramatisch durch die fehlenden Weizen-Lieferungen aus der Ukraine.

Da wir noch weit entfernt von einer „Weltregierung" (Willy Brandt) sind, ist es umso wichtiger, die Vereinten Nationen (UN) zu stärken. Doch hierzu sind Reformen der UN unabdingbar. Wir fordern, bereits jetzt einen Diskussionsprozess darüber einzuleiten, wie Vetorechte und andere Blockademöglichkeiten innerhalb der UN reduziert und Durchsetzungsmöglichkeiten erhöht werden können. Ein solcher Diskussionsprozess sollte auf Ebene der Generalversammlung angesiedelt werden. Dabei sollten Ideen aus der Zivilgesellschaft Berücksichtigung finden, etwa indem erstens ein „Weltbürgerrat", zweitens eine NGO-Konferenz und drittens ein Gremium von renommierten Völkerrechtlern einberufen werden, die der Generalversammlung Reformvorschläge unterbreiten sollen.

Bei der Zeitenwende, die wir derzeit erleben müssen, geht es auch um eine Neuvermessung der internationalen Kräfteverhältnisse: zwischen Russland, China, den USA und Europa. Eine neue Blockbildung nach dem Vorbild des Kalten Krieges wollen wir nicht. Stattdessen setzen wir auf eine eigenständige Rolle der EU in einer multipolaren Welt. Die Stärke und Anziehungskraft der EU beruht darauf, dass sie den Anspruch erhebt, Frieden, Demokratie, individuelle Freiheit, gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Teilhabe im Rahmen eines verantwortungsbewussten Fortschritts zu verbinden. Die EU sollte eine Vorbildfunktion für die Welt anstreben. Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen und dafür sorgen, dass die EU ihr Wertefundament schützt und ausbaut, damit sie ihre Rolle auch ausfüllen kann.

Mehr Wachsamkeit bei der internationalen Zusammenarbeit

Kooperation im Welthandel muss dort verstärkt werden, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nachhaltige Geschäftsbeziehungen erwarten lassen. Vor diesem Hintergrund ist es besorgniserregend, dass China inzwischen unser wichtigster Handelspartner ist, mit steigender Tendenz. Auch hier müssen gefährliche Abhängigkeiten verstanden und abgebaut werden. Die Initiativen Chinas im Zusammenhang mit der „Neuen Seidenstaße" (Belt Road Initiative) müssen kritischer hinterfragt und alternative Handlungsoptionen bevorzugt werden, wenn dadurch europäische Kontroll- und Einflussmöglichkeiten geschützt werden können. Lieferketten für sicherheitskritische Produkte und Rohstoffe sollten analysiert werden. Bei technologischer Zusammenarbeit und Künstlicher Intelligenz sollte der transatlantischen Partnerschaft Vorrang eingeräumt werden, etwa im Rahmen des Trade and Technology Council zwischen der EU und den USA.

Gleichzeitig müssen Handelsbeziehungen stärker mit der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel verknüpft werden. Länder, welche immer schneller Regenwälder abholzen oder sich einem Umsteuern bei der Energieerzeugung verweigern, dürfen wir nicht mit engen Handelsbeziehungen belohnen.

Eine stärkere Berücksichtigung politischer Stabilität ist auch in den Beziehungen zu europäischen Nachbarstaaten erforderlich. Wir können nicht länger die Augen davor verschließen, dass sich einige Regierungen vom gemeinsamen Wertefundament von Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressevielfalt und demokratischen Spielregeln immer weiter entfernen. Auch hier muss „Wandel"

wieder stärker und verbindlicher eingefordert werden, sei es mit Hilfe des neuen EU-Rechtsstaatsmechanismus oder anderen Instrumenten.

Realistische Beitrittsperspektiven und Integrationsformate neben oder auf dem Weg zu einer Vollmitgliedschaft

Die Ukraine sollte eine EUBeitrittsperspektive und einen Kandidatenstatus bekommen. Gleichzeitig müssen die Verhandlungen mit den Westbalkanländern zielorientiert weitergeführt werden. Eine Vollmitgliedschaft zur EU darf aber kein Selbstläufer sein. Sie ist nur unter engen Voraussetzungen möglich und kann nicht im Eilverfahren erfolgen.

Die EU ist in den letzten Jahren mehr und mehr paralysiert worden, insbesondere von den Regierungen in Polen und Ungarn, bzw. weiteren Staaten der Visegrad-Gruppe. Auch jetzt erleben wir, wie Viktor Orban die gemeinsame europäische Außenpolitik nach Gutdünken ausmanövriert, Pressefreiheit, Wissenschaftsfreiheit und das demokratische Wahlrecht aushöhlt, neue Institutionen jenseits demokratisch legitimierter Prozesse einrichtet, diese Nebeninstitutionen mit seinen Günstlingen besetzt und ein weitreichendes Netz von Korruption und Vetternwirtschaft installiert. De facto kann seine Regierung kaum noch demokratisch abgewählt werden.

Und wir mussten erleben, wie die polnische Justiz in den letzten Jahren zum verlängerten Arm eines engen Machtzirkels von Rechtspopulisten verkommen ist und das polnische Verfassungsgericht EU-Recht nicht länger für vorrangig verbindlich hält. Die justizielle Zusammenarbeit und grenzübergreifende Durchsetzung von Recht (etwa die Vollstreckung polnischer Urteile und Ermittlungsanordnungen) ist auf dieser Grundlage teilweise schon jetzt kaum mehr möglich bzw. zu rechtfertigen. Um diese Deformationen im Rechtssystem zu überwinden, wird es viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte brauchen.

Daraus ist erstens die Lehre zu ziehen, dass sich die EU zunächst selbst reformieren muss, um aufnahmefähig für neue Mitglieder zu werden:

- Einstimmigkeitserfordernisse müssen gemäß den „Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas" abgebaut werden,
- die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Mindeststandards muss wieder überall selbstverständlich sein,
- Rechtsstaatlichkeitsverstöße müssen effektiv sanktionierbar sein und abgestellt werden,
- bei der Korruptionsbekämpfung und der Transparenz der Mittelverwendung im Sinne der gemeinsam definierten europäischen Politikziele müssen Fortschritte erzielt werden.

Zweitens müssen alle Beitrittsländer diesen Mindeststandards genügen und eine andauernde Einhaltung muss sichergestellt sein. Für zukünftige Beitritte sind also Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, gefestigte und plurale Demokratie unverzichtbare Voraussetzungen. Für diese Reformen brauchen die Beitrittskandidaten neben der Unterstützung der EU auch ausreichend Zeit.

Jenseits der Vollmitgliedschaft muss die EU aber auch flexible Formate ermöglichen, unter anderem mit Blick auf die Ukraine, aber auch auf weitere Nachbarn (z.B. Moldau, den Westbalkanstaaten, Georgien, aber auch dem Vereinigten Königreich). So wie die Römischen Verträge den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses mit konkret abgegrenzten Politikbereichen begonnen haben (Kohle und Stahl, Atomkraft, Zölle...), so muss auch heute eine (schrittweise) Integration in verschiedenen Politikfeldern auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft oder anstatt einer Vollmitgliedschaft möglich sein:

- Europäische Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung,
- Gemeinsame Agrarpolitik, Verkehr und Strukturförderung,
- Zollunion und Handelspolitik,
- Energiekooperation, etwa durch gemeinsame Infrastrukturen im Bereich der Stromerzeugung, Wasserstoffnutzung, Netze und Speicher, etc.,

- Klimapolitik (insbesondere im Hinblick auf CO2-Bepreisung und Grenzausgleichsmechanismus),
- Arbeitsmarkt und Sozialversicherungsrecht,
- Steuerharmonisierung,
- Justizielle Zusammenarbeit, u.a.

Erste Integrationsschritte in einzelnen Bereichen können zeitnah und unabhängig von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Unionen aufgenommen werden. Dies könnte entweder mit der schnellen Einrichtung einer „Europäischen Föderation" (siehe Vorschläge von Enrico Letta, Emmanuel Macron u.a.) erfolgen. Oder solche Formate können bilateral mit einzelnen Staaten ausgehandelt werden. Ein Wiederaufbauprogramm für die Ukraine kann beispielsweise schon sehr bald aufgesetzt und mit einer Integrations- und Reformagenda verbunden werden.

So, und nur so, lässt sich eine realistische Beitrittsperspektive für beitrittswilligen Staaten verknüpfen mit konkreten Integrationsschritten, ohne dass dabei die Europäische Union insgesamt entkernt und gefesselt wird.

Fazit

Es liegt an uns, ob wir die „Zeitenwende" lediglich als historischen Rückschlag oder gar als prägende Niederlage für die regelbasierte Ordnung und internationale Verständigung hinnehmen; es liegt an uns, ob wir einer schon lange kriselnden „Nachkriegsordnung" mit ihren vertrauten Mechanismen und Institutionen nachtrauern; es liegt an uns, ob wir es hinnehmen, dass die Gestaltung der internationalen Ordnung im wesentlichen autokratischen Regimen und grenzübergreifend tätigen privatwirtschaftlichen Akteuren überlassen wird.

Und ebenso liegt es an uns, ob wir uns auf den Weg machen, auch dieser neuen Zeit einen fortschrittsorientierten, hoffnungsvollen, und damit unverkennbar sozialdemokratischen Stempel aufzudrücken.

11.3

Antragsstelle: AG 60plus

Thema: Sozialdemokratische Friedenspolitik neu beleben – Diplomatie statt Krieg – in der Ukraine und überall !

„Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. UnserePrinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation." Hamburger SPD-Grundsatzprogramm 2007
„Als Friedenspartei in Deutschland setzen wir auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie internationale Zusammenarbeit."
SPD-Zukunftsprogramm 2021

Nach dem Krieg auf dem Balkan 1999 tobt in Europa 2022 wieder ein grausamer Krieg. Der völkerrechtswidrige und imperialistische Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine bringt nicht nur unendlich viel Leid für die Menschen mit sich, sondern birgt auch die Gefahr der Entgrenzung des Krieges, des Rückfalls in einen neuen kalten und heißen Krieg bis hin zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO. Dies gilt es mit allen Kräften zu verhindern.

Alle Bemühungen müssen deshalb darauf ausgerichtet sein, durch Verhandlungen zunächst zu einem sofortigen Waffenstillstand zu kommen, damit das Sterben von Menschen und die weitere Zerstörung der Infrastruktur der Ukraine gestoppt wird. Hierzu bedarf es gemeinsamer diplomatischer Initiativen von UNO, OSZE und EU unter Einbeziehung von China und Indien. Vollkommen kontraproduktiv für diese Bemühungen ist die Forderung, die NATO solle sich an dem Krieg militärisch aktiv beteiligen. Gleiches gilt für die Forderung, man müsse Russland wirtschaftlich ruinieren oder militärisch besiegen, da dies zu einer weiteren Eskalation führen würde. Im Unterschied dazu steht der besonnene Kurs von unserem Fraktionschef Rolf Mützenich und von Bundeskanzler Olaf Scholz, der einen Automatismus bei Waffenlieferungen ablehnt und in seiner jüngsten Regierungserklärung u.a. sagte „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. Die Ukraine muss bestehen".

Ein Waffenstillstand könnte einen Verhandlungskorridor eröffnen, in dem über Truppenabzüge, entmilitarisierte Zonen (evtl. überwacht von UNO-Blauhelmen) sowie über die Wiederaufnahme der Minsker Verhandlungen unter Wahrung der Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands gesprochen werden könnte.

Es könnte der Einstieg für Gespräche über eine neue globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur sein. Leitbild sollte dabei die Idee der gemeinsamen Sicherheit sein, die 1982 von der sog. Palme-Kommission entwickelt wurde und in dem kürzlich in Stockholm veröffentlichten Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022" fortgeschrieben wurde.

Die SPD, die als Friedenspartei in der Tradition der erfolgreichen Friedens- und Entspannungspolitik von Egon Bahr und Willy Brandt steht, ist dabei besonders gefordert. Wir verwahren uns in diesem Zusammenhang mit aller Entschiedenheit dagegen, dass diese Politik, die u.a. zur Wiederherstellung der deutschen Einheit geführt hat, im Lichte der jüngsten Entwicklung als

Irrweg denunziert wird. Sozialdemokraten waren nie Handlanger Moskaus, sondern haben sich für Wandel durch Annäherung und ein friedliches Verhältnis zur damaligen Sowjetunion eingesetzt, die von Nazi-Deutschland überfallen wurde und 20 Millionen Opfer zu beklagen hatte. Richtig ist vielmehr, dass die imperiale Aggressivität der aktuellen russischen Führung mit dem lupenreinen Antidemokraten Putin an der Spitze von allen unterschätzt worden ist.

Bei der Beurteilung der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sehen wir uns in großer Übereinstimmung mit dem DGB, der bei seinem jüngsten Bundeskongress ebenfalls den Aufbau einer stabilen Architektur für Frieden und Sicherheit forderte, wobei er sich für einen erweiterten Sicherheitsbegriff aussprach, „ der nicht ausschließlich auf militärische Bedrohungsszenarien abstellt, sondern weit darüber hinaus geht, indem er auch Gefährdungen der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien, der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung sowie die Auswirkungen des Klimawandels und globaler Pandemien berücksichtigt".
Zudem begrüßen wir, dass die deutschen Gewerkschaften sich dagegen aussprechen, den Rüstungshaushalt dauerhaft auf das 2%-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken und die Verankerung des 2%-Ziels im Grundgesetz ablehnen. Gleiches gilt für die Beschlüsse zur Abrüstung und der Ächtung von Atomwaffen und der Beendigung von deren Lagerung in Deutschland.

Die Logik des Krieges und der Aufrüstung muss durch eine weitsichtige Friedenslogik ersetzt werden.
Auch deshalb halten wir die geplante Erhöhung der Militärausgaben in Form eines Sondervermögens von 100 Mrd. Euro, das im Grundgesetz verankert werden soll, für falsch.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, zeitnah ein Konzept für eine friedenspolitische Offensive vorzulegen, das die zuvor genannten Einschätzungen und Forderungen berücksichtigt, und dieses in den Gliederungen der Partei zur Diskussion zu stellen.

11.4

Antragsstelle: **OV Lindenthal**

Thema: **Die Ukraine unterstützen –**

Sozialdemokratische Friedenspolitik neu denken.

Krieg ist nicht das Ende der Diplomatie – in der Ukraine und überall!

1. Der völkerrechtswidrige Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine bringt unendlich viel Leid für die Menschen in der Ukraine und darüber hinaus mit sich und birgt zudem die Gefahr der Entgrenzung des Krieges, des Rückfalls in einen neuen anhaltenden kalten und heißen Krieg bis hin zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO.

2. Klar ist: Der Aggressor ist eindeutig Russland! Unter der Führung von Wladimir Putin verfolgt das Land eine verbrecherische und imperialistische Politik, die an dunkelste Zeiten des 19. und frühen 20 Jahrhunderts erinnert. Für die russische Führung zählt in ihrem nationalistisch durchtränkten Weltbild offenbar nur das Recht des Stärkeren. Die Existenzberechtigung des ukrainischen Volkes wird geleugnet. Grauenvolle und menschenverachtende Kriegsverbrechen wie in Butscha und Mariupol aber auch die Lehren aus unserer eigenen Vergangenheit zeigen - diese Aggression darf von uns und unseren Partnerländern, die dem Frieden, dem Völkerrecht und den Menschenrechten verpflichtet sind, nicht hingenommen werden. Zusammen mit unseren Partnern in Europa und Nordamerika stellen wir uns deshalb dieser Aggression entgegen und unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf um ihre Freiheit mit schweren politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sowie mit der Lieferung von Waffen. Dies ist in jeder Hinsicht notwendig! Wladimir Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen. Ihm müssen unmissverständlich seine Grenzen aufgezeigt werden und er darf mit dem brutalen Überfall auf die Ukraine keinen Erfolg haben!

3. Eine notwendige und richtige umgehende Antwort auf diesen Angriff war die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 24. Februar aus der die Unterstützung der Ukraine mit Waffen zur Selbstverteidigung, mit Geld und mit Sanktionen gegen den Angreifer Russland resultiert. Dazu gehören zugleich die Bemühungen, allen voran des Bundeskanzlers, eine Lösung zur Beendigung des Kriegs auf dem Verhandlungsweg zu entwickeln.

4. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland findet dies neben dem Ruf nach immer mehr Waffen zu wenig Unterstützung. Deshalb müssen die Bemühungen, durch Verhandlungen zu einer Waffenruhe zu kommen, verstärkt und im öffentlichen Diskurs unterstützt werden; denn das Sterben von Menschen und die weitere Zerstörung von Städten und der Infrastruktur der Ukraine sowie die Ausbreitung von Hunger und Not in weiten Teilen der Welt und eine Destabilisierung Europas müssen verhindert werden. Klar ist aber auch, dass eine Waffenruhe nur im Einklang mit den Interessen der Ukraine und mit Zustimmung der Ukraine erfolgen kann.

5. Hierzu bedarf es gemeinsamer diplomatischer Initiativen der UNO, OSZE und EU unter Einbeziehung von China und Indien, deren Ziel sein muss, die territoriale Integrität und das Sicherheitsbedürfnis der Ukraine wiederherzustellen. Wir unterstützen den besonnenen Kurs von Bundeskanzler Olaf Scholz und unserem Fraktionschef Rolf Mützenich, der eine enge Abstimmung mit Frankreich und unseren anderen demokratischen Partnerländern vorsieht. Mit Recht lehnt der Bundeskanzler einen Automatismus bei Waffenlieferungen ebenso ab wie Diktat-Verhandlungen und erklärte in seiner jüngsten Regierungserklärung u.a. „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. Die Ukraine muss bestehen". Kontraproduktiv für diese Bemühungen ist die Forderung, die NATO solle sich an dem Krieg militärisch aktiv beteiligen. Gleiches gilt für die Forderung, man

müsse Russland militärisch zerstören, da dies zu einer weiteren Eskalation und zur unbegrenzten Verlängerung des Krieges führen würde.

6. Ein Waffenstillstand könnte einen Verhandlungskorridor eröffnen, in dem Russland seine Truppen zurückzieht und Garantien für die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen abgibt (evtl. überwacht von UNO-Blauhelmen) sowie über die Wiederaufnahme von Verhandlungen unter Wahrung der Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands gesprochen werden könnte. Es könnte der Einstieg für Gespräche über eine neue globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur sein. Leitbild sollte dabei die Idee der gemeinsamen Sicherheit sein, die 1982 von der sog. Palme-Kommission entwickelt wurde und in dem kürzlich in Stockholm veröffentlichten Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022" fortgeschrieben wurde. Die Logik des Krieges und der Aufrüstung muss mittel- bis langfristig durch eine weitsichtige Friedenslogik ersetzt werden. Bei der Beurteilung der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sehen wir uns in großer Übereinstimmung mit dem DGB, der bei seinem jüngsten Bundeskongress ebenfalls den Aufbau einer stabilen Architektur für Frieden und Sicherheit forderte, wobei er sich für einen erweiterten Sicherheitsbegriff aussprach, „der nicht ausschließlich auf militärische Bedrohungsszenarien abstellt, sondern weit darüber hinaus geht, indem er auch Gefährdungen der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien, der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung sowie die Auswirkungen des Klimawandels und globaler Pandemien berücksichtigt".

7. Die SPD, die als Friedenspartei in der Tradition der Friedens- und Entspannungspolitik von Egon Bahr und Willy Brandt steht, ist dabei besonders gefordert. Wir erkennen an, dass wir Positionen der vergangenen Jahre in Frage stellen müssen und unsere Friedens- und Sicherheitspolitik neu justieren müssen. Ihr Ziel muss gleichwohl die Unterstützung von Frieden und Demokratie sein. Einerseits muss die Logik des Krieges und der Aufrüstung mittelfristig durch eine weitsichtige Friedenslogik ersetzt werden. Diese soll sich dabei orientieren an:

- Schaffung langfristigen Friedens und einer für allen tragbaren Sicherheitsarchitektur in Europa und der Welt
- Diplomatie und Zusammenarbeit als vorrangiges Mittel zur Krisenbewältigung
- Prozesse und Verträge zur Ächtung und Abschaffung von Nuklearwaffen
- gemeinschaftliche europäische Haltung und Handeln sowie Sicherheits- und Verteidigungsinfrastruktur.

Andererseits ist es wichtig, dass Deutschland in Bedrohungs- und Krisenfällen handlungsfähig wird und bleibt - im Einklang mit für unsere Sicherheitsarchitektur relevanten Partnern. Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt und ist deshalb in der jetzigen unsicheren weltpolitischen Situation in einem teilweise mangelhaften Zustand. Dies schränkt ihre Fähigkeit ein, unser Land im Falle eines Angriffs zu verteidigen. Ihre Ausrüstung muss deshalb auf einen modernen Stand gebracht werden. Hierzu dient das von Olafs Scholz am 27.02.2022 angekündigte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zur Modernisierung unserer Streitkräfte, das wir in jeder Hinsicht unterstützen. Denn sowohl aktuell als auch in der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt: Schwäche und fehlende Verteidigungsfähigkeit werden von Aggressoren allzu oft als Bestätigung und Einladung für ihre expansiven Gelüste verstanden.

Derzeit ist auch die Umsetzung des 2%-Zieles (Budget für Sicherheit/Verteidigung in Abhängigkeit des BIP) der NATO notwendig. Allerdings wäre es falsch dieses Ziel in der Verfassung zu verankern. Das notwendige Budget muss anpassbar sein und wird gemeinsam von den Bündnispartnern definiert. Ein starres 2%-Ziel ist da nicht zielführend. Unser Zielbild für Sicherheit und Frieden strebt auch an, eine mittel- bis langfristige Reduzierung des Budgets erreichen zu können.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, zeitnah ein Konzept für eine friedenspolitische Offensive vorzulegen, das die zuvor genannten Einschätzungen und Forderungen berücksichtigt, und dieses in den Gliederungen der Partei zur Diskussion zu stellen.

11.5

Antragsstelle: Jusos

Thema: KATAR-WM BOYKOTTIEREN!

Die Herren-FIFA Fußball WM 2022 in Katar ist aus menschenrechtlicher, ethischer und ökologischer Perspektive verurteilenswert. Deshalb rufen wir alle dazu auf, die WM nicht zu unterstützen. Zusätzlich fordern wir den DFB dazu auf, die WM in Katar zu boykottieren und nicht an dem Wettbewerb teilzunehmen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen offiziell ausgesprochenen diplomatischen Boykott der WM durch die EU einzusetzen. Sollte dies nicht möglich sein, ist auch notfalls ein alleiniger diplomatischer Boykott Deutschlands zu verkünden und durchzuführen.

13 Wissenschaft

13.1

Antragsstelle: **Jusos**

Thema: **WISSENSCHAFT NICHT DEM MARKT ÜBERLASSEN – GEGEN DIE NEOLIBERALISIERUNG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLANDSCHAFT**

Die Tendenzen neoliberaler Hochschulpolitik sind in den letzten Jahren immer stärker sichtbar geworden. So hat beispielsweise die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Reduktion des Unterrichtsfaches Sozialwissenschaften auf die Bereiche Wirtschaft und Politik, dem überstürzten Umbau der Curricula und der damit einhergehenden Anpassung des Lehramtsstudiengangs deutlich gemacht, dass ihr ökonomische Bildung wichtiger ist als politische. Widerstand und Bedenken von Schüler*innen, Studierenden, Lehrer*innen, Wissenschaft, der GEW und weiteren Verbänden wurden ignoriert, um das eigene Prestigeprojekt durchzusetzen. Jubeln können nun nur die Unternehmen und deren Interessenverbände.

Der Umgang mit dem Schul- und Studienfach SoWi ist dabei nur ein Ausdruck der neoliberalen Vorstellung von Bildung und dem Wunsch nach einer marktförmigen Verwertung von Wissenschaft, welche unter der aktuellen Regierung in NRW weiter vorangetrieben werden kann. Staatliche Hochschulen befinden sich in diesem System im ständigen Wettkampf um Fördergelder und Drittmittel. Hochschulen, Fachbereiche und Disziplinen, aber auch einzelne Wissenschaftler*innen und Studierende sehen sich dem Druck ausgesetzt „wirtschaftlich verwertbare" Ergebnisse zu liefern, um überhaupt Mittel für Forschung generieren zu können. Universitäten und Hochschulen funktionieren in diesem neoliberalen System zunehmend als kleine Unternehmen, die mit möglichst wenig Forschungsgeldern möglichst viel ökonomisch relevanten Output produzieren sollen.

Verstärkt werden solche Tendenzen auch durch die Exzellenzstrategie des Bundes, mit deren Hilfe Deutschland als internationaler Forschungsstandort gestärkt werden soll. Die Exzellenzförderung verkennt hierbei jedoch, dass eine Etablierung Deutschlands als internationale Forschungsgröße bereits an der unzureichenden Grundfinanzierung der deutschen Hochschulen scheitert. Verlierer*innen dieser Effizienzideologie sind vor allem geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer, da sich diese nicht hinsichtlich ihrer ökonomischen Verwertbarkeit klassifizieren lassen.

Im Spannungsfeld von Wettbewerb, Exzellenzstrategie und Unterfinanzierung leiden besonders die Mitarbeiter*innen ohne Professur: Sie tragen die Hauptlast von Lehre und Forschung, sind häufig nur mit kurzen Verträgen und auf halbe Stellen angestellt und scheiden nach maximal 12 Jahren aus dem Wissenschaftsbetrieb aus, wenn sie keine der rar gesäten Professor*innenstellen ergattern. Initiativen wie #ichbinhanna und #ichbinreyhan zeigen, dass Existenzängste und die hohe Arbeitsbelastung dazu führen, dass sich viele entscheiden frühzeitig die Wissenschaft zu verlassen oder im Ausland ihr Glück versuchen. In der stark prekarisierten Wissenschaft überlebt nur, wer über ausreichende finanziellen Ressourcen und Netzwerke verfügt.

Wissenschaft sollte aber nicht aufgrund ihrer Verwertbarkeit und der Kapitalisierung von Forschung betrieben werden - es braucht die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Innovationen, um die Herausforderungen und Fragen unserer Gesellschaft zu meistern und zu beantworten.

Deswegen fordern wir:

- Abkehr von der Idee der "unternehmerischen" Hochschule und des meritokratischen Narrativs, also der Vorstellung, dass alle über die gleichen Chancen und Bedingungen für einen Bildungsaufstieg verfügen und es "nur am Engagement der Einzelnen" läge.
- Förderung von Kooperationen zwischen Hochschulen, Disziplinen und Wissenschaftler*innen im Sinne einer solidarischen Wissenschaft statt eines kopflosen Wettbewerbs. Die künftige Landesregierung sollte sich daher für die Abschaffung der Exzellenzinitiative einsetzen.
- Bildung liegt in den Händen des Landes und muss dementsprechend ausreichend finanziert werden. Dafür braucht es eine Reformierung der Finanzierung der Hochschulen im Sinne einer umfassenden Grundfinanzierung statt einer Vielzahl befristeter Programme. Diese muss entfristete Mittel für die Anstellung Dozierender beinhalten, damit es Dauerstellen für Daueraufgaben gibt und Betreuungsrelationen verbessert werden. Mittel aus dem Hochschulpakt (HSP) und dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre (ZVL) müssen dabei wieder an die Lehre gebunden werden, damit diese nicht anderweitig eingesetzt werden können.
- Forschen und Lehren muss von sozialer Herkunft entkoppelt werden und darf nicht Privileg einiger weniger sein, deren Eltern zufällig selbst Professor*innen mit ausreichend Kapital sind. Dazu braucht es ein Ende der prekären Verhältnisse der Wissenschaft und die Schaffung nachhaltiger Zukunftsperspektiven.

14 Arbeit

14.1

Antragsstelle: Jusos

Thema: ERST RECHT IN DER PANDEMIE - KOMMUNALE JOBGARANTIE

Wir fordern die Einführung einer kommunalen Jobgarantie in Form eines Rechtsanspruchs auf eine sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Beschäftigung für alle hier wohnenden Langzeitarbeitslosen. Dafür sollen neben einer Nutzung von Angeboten des Jobcenters bestehende Projekte der kommunalen Arbeitsmarktförderung (z.B. KomProArBeit, Stadtverschönerungsprogramm) in Zusammenarbeit mit Beschäftigungsträgern ausgeweitet werden. Die Entlohnung erfolgt zum jeweiligen Tariflohn bzw. zum Mindestlohn. Ziel ist die Schaffung von Beschäftigung in Bereichen der lokalen Daseinsvorsorge im weitesten Sinn.

Darüber hinaus kann die Jobgarantie auch genutzt werden, um Umschulungen zu fördern. Dabei handelt es sich ausdrücklich um ein freiwilliges Angebot für alle Menschen, denen es nicht gelungen ist, eine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt zu finden - insbesondere auch für Menschen mit Behinderungen.

14.1

Antragsstelle: Jusos

Thema: FÖRDERUNG DER KOMMUNALEN AUSBILDUNG

Wir fordern eine Stärkung der Ausbildung in den Kommunen, eine attraktivere Gestaltung und ein stärkeres Bewusstsein der Kommunen, sich für neue Auszubildende einsetzen.

Hierfür ist vor allem einer höhere Präsenz der Kommunen auf Jobbörsen, Ausbildungsmessen, im Internet oder in den Schulen gefragt.

Daneben ist die Modernisierung der Kommunen und der Ausbildung elementar. Digitale Themen wie Open Data, Plattformökonomie oder KI müssen schneller in den Kommunen und in der Ausbildung vorangetrieben werden, damit sie sich den aktuellen Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung stellen kann. Hierfür muss explizit neues Fachpersonal geworben werden. Dies muss jetzt schon in den Fokus genommen werden, indem die Attraktivität der Ausbildung in den Kommunen gestärkt wird.

Deshalb fordern wir:

- Dass auf Landesebene eine schnelle und auf digitale Themen gerichtete Strategie zur Stärkung der kommunalen Ausbildung entwickelt wird.

15 Organisationspolitik / Partei

15.1

Antragsstelle: Jusos

Thema: KEINE PARTEISPENDEN VON RECHTS!

Die Annahme von Spenden von Personen oder Organisationen, die erkennbar im Zusammenhang mit rechten Gruppen stehen, wird für unvereinbar mit den Grundwerten der SPD erklärt. Aus diesen – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – und ihrem historischen Erbe, das Otto Wels und mutige Sozialdemokrat:innen seit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes 1933 hinterlassen haben, folgt die Verpflichtung aller Mitglieder und Parteigremien, konsequent gegen Rassismus, Faschismus und rechtes Gedankengut in unserer Gesellschaft zu kämpfen. Viele Sozialdemokrat:innen tun dies auch heute jeden Tag, und viele sind selbst von Menschenfeindlichkeit betroffen. Aus Respekt vor ihnen allen gebietet es die sozialdemokratische Grundhaltung in geradezu selbstverständlicher Art und Weise, dass Parteispenden an die SPD aus dem Umkreis rechter Organisationen abzulehnen sind.

Im Landtagswahlkampf 2022 ist das nicht passiert. Teile des Wahlkampfs wurden durch eine Spende in Höhe von 25.000 Euro von der Projekton Immobilien GmbH unterstützt, die sich laut öffentlich einsehbarem Handelsregister zu 50 Prozent im Eigentum von **Wolfgang von Moers** befindet. Wolfgang von Moers ist der geschäftsführende Gesellschafter der WvM Immobilien + Projektentwicklung GmbH und damit einer der größten Immobilienunternehmer in Köln. Er spendete 2016 und 2017 mehrfach fünfstellige Summen an die AfD, um nach eigener Aussage „die CDU wieder auf den richtigen Kurs zu bringen". Infolgedessen kündigten mehrere Vereine und Organisationen die Zusammenarbeit mit Wolfgang von Moers auf. Der Fall wurde mehrfach öffentlich im Kölner Stadt-Anzeiger thematisiert: KStA vom 28.03.2019 und KStA vom 25.08.2021.

Was für die genannten Organisationen selbstverständlich ist, sollte auch für die SPD verständlich sein. Spenden aus dem Umfeld von Wolfgang von Moers sind abzulehnen. Doch der Unterbezirksvorstand hat die genannte Spende in seiner Sitzung am 7. März 2022 bei nur vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich genehmigt. Dieser Vorgang stellt aus unserer Sicht als antirassistischem und antifaschistischem Verband einen unhaltbaren Verstoß gegen die Grundwerte der SPD dar. Die Annahme der Spende konterkariert das tagtägliche Engagement der Genoss:innen für die Menschen in unserer Stadt und für eine freie, weltoffene Gesellschaft. Sie fügt der Partei, ihrer Glaubwürdigkeit und ihren Wertefundamenten erheblichen Schaden zu. Aus diesem Grund muss eine Wiederholung eines solchen Verstoßes in Zukunft ausgeschlossen und geahndet werden. Der Unterbezirksvorstand ist in seinen künftigen Entscheidungen über die Genehmigung von Spenden an den so gefassten Unvereinbarkeitsbeschluss gebunden. So eröffnet der Unterbezirksvorstand gemäß Art. 35 Abs. 1 des Organisationsstatus der SPD künftig gegenüber Mitgliedern, die sich entgegen dieser Unvereinbarkeit um solche Spenden bemühen oder sie einsetzen, ein Parteiordnungsverfahren.

15.2

Antragsstelle: AG 60plus

Thema: Transparenz und Überprüfung von Mandatsträgerabgaben

Transparenz schaffen – Macht begrenzen – Gerechtigkeit herstellen – Parteifinanzen stabilisieren

Beschluss des UB-Parteitags zur Einforderung von satzungsmäßigen Mandatsträgerabgaben nach § 2 Absatz 2 Finanzordnung und zur Berichtspflicht der Kontrollkommission auf UB-Parteitagen

1. Fehlen einer wirksamen Kontrollinstanz bzw. eingeschränkte Wahrnehmung von Kontrollaufgaben

Aktuell werden notwendige und mögliche Maßnahmen zur Feststellung von Abgabenhinterziehungen nicht getroffen.

Dem Kassierer obliegt die Kassenführung des UB und damit die Führung des Finanzwesens, zu der auch die regelmäßige Prüfung der Abgaben- und Beitragshöhe und die Überprüfung der Abgaben- und Beitragsleistung gehören.

Die Aufgabe der Kontrollkommission ist die Prüfung der Kassengeschäfte des UB-Vorstands. Ihr obliegen die Rechte und Pflichten der Finanzordnung der SPD. Danach prüfen sie u. a. regelmäßig, ob die Buchungen mit den Belegen übereinstimmen, ob die Ausgaben angemessen sind und den Beschlüssen (Wirtschaftsplan) entsprechen, ob alle Konten und die Bargeldkasse im Rechenschaftsbericht erfasst sind und ob die Beitrags- und Abgabeleistungen satzungsgemäß sind. Insbesondere vor Wahlen für Funktionen und Kandidaturen für öffentliche Ämter ist die Erfüllung der satzungsgemäßen Pflichten zu überprüfen.

Die Kontrolle von IST und SOLL der Mandatsträgerabgaben erfordert neben der Nutzung der parteiintern vorliegenden Informationen außerdem, dass die einschlägigen zur Verfügung stehenden offenen Quellen in die Prüfung einbezogen werden.

Die Funktion der Kontrollkommission wird in der Regel als reine Kassenprüfung missverstanden.

2. Transparenz schaffen, Ehrlichkeit unterstützen und Gerechtigkeit herstellen

Die besonders herausgehobene Verantwortung von Vorsitzender/Vorsitzendem und Kassierer hat in der Vergangenheit nicht zu einer Feststellung selbst langjähriger Hinterziehungen von Mandatsträgerabgaben geführt. Dadurch wurden der Partei im großen Umfang ihr zustehende Finanzmittel vorenthalten. Insofern hat das Gros der ehrlichen Mandatsträger einen weit überproportionalen Anteil an den Gesamtabgaben getragen. Das bisherige Verfahren hat so zu einer starken Ungleichbehandlung der Mandatsträger und zur Schwächung der Finanzkraft der KölnSPD geführt.

3. Einmalige retrograde Überprüfung von Mandatsträgerabgaben für die letzten fünf Jahre

Der UB-Parteitag beschließt mit diesem Antrag, die Mandatsträgerabgaben der vergangenen letzten fünf Jahre mit den über Mandate generierten Einkommensquellen abzugleichen.

Im Fall des Feststellens großer Abweichungen getätigter Abgaben von nachweisbaren höheren Abgabepflichten (Betrag von über 5.000 € in fünf Jahren) sind die Untersuchungen auf die zurückliegenden 15 Jahre auszuweiten.

Diese Maßnahme betrifft nur einzelne Mandatsträger mit hohen Zuwendungen aus Unternehmen.

4. Fortwährende jährliche Überprüfung, Berichtspflichten gegenüber dem UB-Parteitag, Stärkung der Finanzen der KölnSPD

Zukünftig soll diese Überprüfung für jedes Geschäftsjahr nach Vorliegen der betreffenden Quellen des Unternehmens-, Parteien- und Parlamentsrechts vorgenommen werden. Für die endlich einzuhaltende Berichtspflicht der Kontrollkommission (§ 14 UB-Satzung) erstellt der/die Kasserer*in einen Statusbericht.
Auf jedem UB-Parteitag wird über den jeweiligen Überprüfungsstand und die Ergebnisse der Prüfungen der Mandatsträgerabgaben berichtet.

Der konkrete Auftrag zur konsequenteren Überprüfung von Mandatsträgerabgaben wird zukünftig die bisher mögliche Hinterziehung dieser unterbinden. Die Finanzkraft der KölnSPD wird dadurch nachhaltig gestärkt werden.